FREITAG, 25. SEPTEMBER 2009 NR. 39 51. JAHRGANG

AZA
8820 Wädenswil

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Abzockzürich
6 Fotos = 90 Franken!
Für «aktengebundene Fotos» in Polizeirapporten = normale Fotos mit der Digikamera geknipst, wird in Zürich pro Stück CHF 15.- abgezockt, 10-20 Mal mehr als im Handel! Kämpfen Sie mit uns gegen diese **masslose Abzockerei.**
AUTO ALLIANZ
www.autoallianz.ch-044 391 6767
PC 87-688 656-0

NEIN ZUR FAIRFLUGINITIATIVE

Luftfahrt ist weit mehr als Lärm

Die Bedeutung der Schweizer Luftfahrt wird in der Diskussion um Flughäfen, Abflug- und Landeregimes, Fluglärm usw. zu Unrecht meistens ausgeblendet. Deshalb ist es dringend nötig, ergänzend zu diesen Diskussionen, auch die volkswirtschaftliche Bedeutung der Luftfahrt ins Zentrum zu rücken und diese als wichtigen Wirtschaftsfaktor der Schweizer Volkswirtschaft anzuerkennen. Gerade die KMU tun gut daran, eine Flughafenpolitik zu unterstützen, mit der die verschiedenen Akteure im harten internationalen Wettbewerb bestehen können. Das ist Voraussetzung, damit Arbeitsplätze bestehen bleiben oder allenfalls neue geschaffen werden können. Nicht nur in der heute wirtschaftlich angespannten Zeit, sondern ganz generell muss das in jeder Branche und in jeder Hinsicht ein zentrales Anliegen sein.

MAX BINDER
NATIONALRAT SVP
ILNAU

Grundsätzlich braucht die Luftfahrt zwei Sachen, nämlich Flugplätze und Flugzeuge. Die Schweiz verfügt über drei Landesflughäfen, 10 Regionalflugplätze, 46 Flugfelder und 23 Helikopterflugfelder. Daraus ergeben sich zum einen die kommerzielle Luftfahrt, die den Linien- und Charterverkehr durch die Fluggesellschaften umfasst, zum anderen die allgemeine Luftfahrt oder General Aviation, welche die zivile, private Luftfahrt umfasst und gewerbliche und private Flugreisen durchführt.

Eine zentrale Position nimmt die Flugsicherung ein. Sie ist für die Sicherheit des Luftverkehrs zuständig. Die Skyguide nimmt diese Aufgabe in der Schweiz mit 14 Standorten und grenzüberschreitender Tätigkeit wahr. Das Unternehmen zählt rund 1400 Angestellte. Den Auftrag erhält Skyguide vom Bund und vom Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL). Seit 2001 wird die zivile und militärische Flugsicherung von einem einzigen Unternehmen durchgeführt, was in der europäischen Luftfahrt eine Einzigartigkeit darstellt. Täglich führen die Angestellten von Skyguide gegen 4000 und jährlich ca. 1,23 Millionen zivile und militärische Flugzeuge sicher durch den Luftraum. Es ist der dichteste und einer der komplexesten Lufträume Europas.

Luftfahrtpolitischer Bericht des Bundesrates

Luftfahrt ist also weit mehr als man landläufig weiss, glaubt oder meint. Es sind nicht nur Flugzeuge, es ist nicht nur Lärm und Belastung. Laut Luftfahrtpolitischem Bericht des Bundesrates ist Linienverkehr, der Flugplanpflicht und Beförderungspflicht kennt, öffentlicher Verkehr, vergleichbar mit der Eisenbahn. Die Flughäfen, die Flugplätze und die Flugsicherung dienen der kommerziellen und der allgemeinen Luftfahrt. Flugzeughersteller, Komponentenhersteller und -lieferanten sowie Betriebe, die die Wartung sicherstellen, wie auch die Raumfahrtindustrie, bilden das Grundgerüst der Luft- und Raumfahrt. Beteiligt sind viele spezifische Dienstleister wie Zertifizierungs-Unternehmen, Beratung, Finanzdienstleister, Luftfahrtversicherungen, Pilotenvermittlungen usw. Dabei ist festzuhalten, dass dies mehrheitlich kleine und mittlere Unternehmen (KMU) vor Ort sind und nicht nur Grosskonzerne. Der Bericht sagt auch deutlich, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Luftfahrt gestützt und gefördert werden muss. Das finanzielle Engagement des Bundes für die Luftfahrt nimmt sich gegenüber andern Verkehren recht bescheiden aus. Im Jahr 2008 war die zivile Luftfahrt lediglich mit 90 Millionen Franken oder mit 0,16 Prozent an den Gesamtausgaben des Bundes in der Höhe von 56,6 Milliarden Franken beteiligt. Die Gesamtausgaben für den Verkehr betrugen in der gleichen Zeit 7,5 Milliarden Franken.

Volkswirtschaftliche Bedeutung des Luftverkehrs

Der Luftverkehr hat in der Schweiz eine herausragende volkswirtschaftliche Bedeutung. Der politischen Förderung des Luftverkehrs zur Verbesserung der Standortattraktivität wird denn auch im Luftfahrtpolitischen Bericht 2004 des Bundesrates Rechnung getragen. Die Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich soll gestärkt werden. Die Beschäftigungseffekte des Luftverkehrs sind beachtlich. 100 Arbeitsplätze in der Luftfahrt generieren zirka 600 Arbeitsplätze in anderen Branchen. Der Betrieb eines Kurz- oder Mittelstreckenflugzeuges bedingt 40–120 Beschäftigte, eines Langstreckenflugzeuges 130–160. Pro eine Million Flugpassagiere werden 750–2000 Leute beschäftigt.

Im Bericht über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Luftfahrt in der Schweiz vom Mai 2006 wird die Wertschöpfung für das Jahr 2004 auf 26,1 Milliarden Franken beziffert. Direkt und indirekt gibt es zirka 180 000 Beschäftigte. Am Flughafen Zürich-Kloten sind es zirka 18 000 Direktbeschäftigte. In jedem Kanton der Schweiz gibt es mehr oder weniger direkte oder indirekte Beschäftigungseffekte. Ein Drittel der wertmässigen Exporte hat die Schweiz per Luftfracht verlassen. Im Jahr 2005 haben 18 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer für ihre Ferienreisen das Flugzeug gewählt. 35 Prozent der ausländischen Feriengäste, die 2005 in die Schweiz reisten, kamen mit dem Flugzeug.

Die Zivilluftfahrt und die Umwelt

Es ist unbestritten, dass auch die Luftfahrt Lärmimmissionen erzeugt. Die Zahl der belasteten Personen ist im Verhältnis zu anderen Verkehrsträgern allerdings bescheiden. So sind wegen Überschreitung der Immissionsgrenzwerte gemäss Lärmschutzverordnung durch die Strasse 555 000 Personen, durch die Schiene 265 000 Personen und durch die Luftfahrt 50 000 Personen betroffen. Selbstverständlich ist Lärmbelastung für jene Bevölkerungskreise, die direkt betroffen sind unangenehm, egal welches die Lärmquelle ist. Deshalb muss es das Ziel aller Lärmquellen sein, möglichst wenige Leute zu belasten. Dass dies mit verschiedenen Massnahmen möglich ist, hat der Flughafen Zürich-Kloten bewiesen, indem die lärmbelastete Fläche in den letzten 20 Jahren um 2/3 abgenommen hat, trotz 50 Prozent mehr Flugbewegungen. Ich glaube an den technischen Fortschritt in jeder Beziehung und bin deshalb überzeugt, dass uns die Zukunft noch wesentlich lärmärmere Flugzeuge bringen wird.

Volksabstimmung zur «Fairflug»-Initiative

Was in der Initiative verlockend tönt – eine «faire» und «ausgewogene» Verteilung von Fluglärm – ist ökonomischer, ökologischer und politischer Unsinn. Es ist nicht einzusehen, weshalb man den Strassenverkehr mit allen Möglichkeiten und Tricks kanalisieren, den Flugverkehr anderseits breit verteilen will. Ziel muss doch sein, möglichst wenige Leute mit Lärm zu belasten, egal welches die Lärmquelle ist. Mit dieser Strategie können auch allfällige Massnahmenkosten relativ verlässlich evaluiert werden.

Folge einer Annahme der Initiative:

- Die dank des technischen Fortschritts in der ganzen Region erzielten Lärmminderungen werden zunichte gemacht.
- Neue, bisher nicht betroffene Gebiete werden neu belärmt.
- Der Kanton Zürich wird wegen der Zunahme der lärmbetroffenen Bevölkerung regulierend eingreifen müssen.
- Die milliardenschweren Investitionen der Fluggesellschaften in lärmgünstigere Flugzeuge werden nicht honoriert.
- Der technische Fortschritt bringt für die Region Zürich keinen Gewinn, er fliegt buchstäblich an Zürich vorbei.
- Die für die Zukunft wichtigen flughafenpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten gehen verloren.
- Das Gesetz diktiert, ohne auf mögliche Veränderungen Rücksicht zu nehmen.
- Die Forderungen verstossen auch gegen Bundesrecht.

Der Entscheid fällt also nicht schwer, die Antwort heisst: Nein am 27. September zur «Fairflug»-Initiative!

Parolen zur Volksabstimmung vom 27. September 2009

Eidgenössische Vorlagen:

Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung durch Anhebung der MWSt	NEIN
Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative	Ja

Kantonale Vorlage:

Kantonale Volksinitiative für eine faire und ausgewogene Verteilung des Fluglärms um den Flughafen Zürich (Verteilungsinitiative)	NEIN
Kirchenordnung der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich	NEIN
Kirchenordnung der Römisch-katholischen Körperschaft des Kantons Zürich	NEIN

Aus ALT mach NEU!

038.219442
Werfen Sie Ihre alte Polstergruppe nicht weg: Wir überziehen sie neu in Stoff und Leder.
Ein neuer Bezug lohnt sich fast immer!
Kostenlose Heimberatung
Rufen Sie uns an
29 Jahre Erfahrung
wideg ag
Industriestrasse 25, 8625 Gossau
Tel. 044 935 25 46, info@wideg.ch
www.wideg.ch

Restaurant Flair
Gutbürgerliche Küche zu fairen Preisen
Fam. Elsa und Werner Wiederkehr-Nydegger
- **Täglich 4 Menus**
- **Hervorragende Weine**
- **Aktuell: Salatbuffet Take away**

Öffnungszeiten:
Mo – Fr 07.00–23.00 Uhr
Sa 09.30–24.00 Uhr
So 10.00–18.00 Uhr
Schaffhauserstrasse 306, 8050 Zürich-Oerlikon
(Tramhaltestelle Berninaplatz)
Tel. 044 310 68 68 www.restaurant-flair.ch

Schreinerei Hanspeter Rütschi

Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01
- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovationen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräteaustausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork

und vieles mehr ...
Fragen Sie uns oder besuchen Sie unsere Ausstellung.

PORTAS®
Europas Renovierer Nr. 1
PORTAS Fenster - Renovierung
Fenster nie mehr streichen!
Schutz durch Aluminium-Verkleidung!
Für alle Fenster geeignet!
Ganz ohne Baustelle!

PORTAS - AG Pilotbetrieb • Im Ebnet • 8370 Sirnach
Tel. 071 - 969 36 36
www.portas.ch • info@portas-sirnach.ch

GRABER IMMOBILIEN
GESELLSCHAFT M.B.H
Im Kundenauftrag suchen wir
MEHRFAMILIEN-HÄUSER
Region Zürichsee, Stadt Zürich
RENNWEG 36 . CH-8704 HERRLIBERG
TEL. 044 991 66 44 . FAX 044 991 66 40
WWW.GRABERIMMOBILIEN.CH

CVBDP – die neue Buchstabenpartei

VON CHRISTOPH MÖRGELI

Einen Kommentar von untergeordnetem Scharfsinn lieferte nach der Bundesratswahl der «Blick». Erstmals seit Blochers «richtigerweise erfolgten» Abwahl – so die «überparteiliche» Qualitätszeitung – seien alte Wunden am Verheilen, endlich die «heftigen Kämpfe um Christoph Blocher» überwunden. Richtig ist das Gegenteil: Der CVP-Kandidat Urs Schwaller scheiterte, weil er als Architekt der Blocher-Abwahl keine einzige SVP-Stimme erhielt. Christophe Darbellay reibt sich vergeblich die Hände, nachdem er mit Schwaller den parteiinternen Rivalen versenkt hat. Auch der Walliser Strippenzieher wird wegen seiner Intrige gegen Blocher nie Bundesrat, genauso wenig Ursula Wyss oder Andrea Hämmerle.

Grundsatz eins: Verräter werden gebraucht, aber nicht geschätzt. Evelyne Widmer-Schlumpf hatte die eine einzige Aufgabe, Christoph Blocher aus dem Bundesrat zu werfen. Nach gehabtem Spektakel wenden sich im Parlament ihre Wähler ab. Die Mohrin hat ihre Schuldigkeit getan – und sucht jetzt Anschluss bei den Schwarzen. Das Fernsehen überraschte die BDP-Frau am Vorabend der Bundesratswahl im «Casino» bei einer Einladung der CVP-Fraktion.

Grundsatz zwei: Verräter verraten sich gegenseitig. Die BDP unterstützte nicht den Widmer-Schlumpf-Förderer Schwaller, sondern den Freisinnigen Burkhalter. SP und Grüne finden die BDP-Bundesrätin plötzlich zu bürgerlich und sehen keinen Grund für ihre Wiederwahl. Brigitta Gadient bekannte sich namens der BDP zur Konkordanz – und meuchelte damit Widmer-Schlumpf. Wer wie der naive Hans Grunder an ein «Missverständnis» glaubte, ist selber schuld. In Wirklichkeit geht es bei diesen neusten Bündner Wirren um archaische rätische Stammesfehden.

Wie weiter? CVP und BDP vereinbaren heimlich, nichts öffentlich zu vereinbaren. Vor den Wahlen gibt es kein Zusammengehen, um die reformierten BDP-Wähler in Bern, Graubünden und Glarus nicht abzuschrecken. Nach den Parlamentswahlen, aber noch vor den Bundesratswahlen vereinigen sich CVP und BDP nach dem Beispiel von FDP und Liberalen. Die CVBDP pocht auf einen höheren Wähleranteil und entreisst der FDP den zweiten Regierungssitz. Widmer-Schlumpf ist wieder Bundesrätin. Dank CVBDP und den Ringier-Blättern, welche die unnahbare, überforderte Bürokratin tagtäglich als volkstümlichen, genialen Politstar verkaufen.

SESSIONSBERICHT 3. WOCHE

Erhöhung der Fraktionsbeiträge, Differenzbereinigungen und umstrittenes Botschaftsgebäude in Moskau

Der Nationalrat hat sich einmal mehr selber bedient, indem er die eigenen Fraktionsbeiträge um fast 1 Million Franken erhöhte. Sodann fanden verschiedene Differenzbereinigungen mit dem Ständerat statt. Bei der Immobilienbotschaft 2009 barg vor allem das neue Botschaftsgebäude in Moskau einigen Zündstoff.

HANS RUTSCHMANN
NATIONALRAT SVP
RAFZ

Die Fraktionen sind Organe der Bundesversammlung und haben die Aufgabe, die Ratsgeschäfte vorzuberaten. Sie haben das Recht Sekretariate einzurichten und erhalten zur Deckung der Kosten einen Beitrag. Die jährlichen Beiträge bestehen heute aus einem Grundbeitrag von 94 500 Franken und einem Beitrag pro Fraktionsmitglied von 17 500 Franken. Die Mehrheit der Fraktionen erachtete eine Erhöhung der Fraktionsbeiträge als notwendig, um die gestiegenen Anforderungen an eine professionelle Infrastruktur und personelle Unterstützung der Fraktionen zu erfüllen. So soll der Grundbeitrag um 50 000 Franken und jener pro Fraktionsmitglied um 2500 Franken erhöht werden. Dadurch entstehen für den Steuerzahler Mehrkosten von 915 000 Franken pro Jahr.

Nur die SVP gegen Griff in die Staatsschatulle

Die SVP hatte sich aus grundsätzlichen Überlegungen gegen diese Vorlage zur Wehr gesetzt. In einer der grössten Wirtschaftskrise ist es absolut unangebracht, wenn die Fraktionen den Griff in die Staatsschatulle wagen, während viele Unternehmen Sparmassnahmen einleiten und Personal abbauen müssen. Auch die SVP musste dieses Jahr 20 Prozent ihres Budgets einsparen und auf dem Generalsekretariat eine Stelle streichen. Unser Fraktionschef Caspar Baader sprach in der Debatte von einem «weiteren Schritt Richtung staatliche Parteienfinanzierung». Der Nationalrat stimmte jedoch mit 109:46 Stimmen für die Erhöhung der Fraktionsbeiträge. Die Aussicht, mehr Geld zu erhalten war offensichtlich verlockender als konjunkturelle Überlegungen. Einzig die SVP votierte dagegen.

Zahlreiche Differenzbereinigungen

Eine engagierte Debatte entwickelte sich bei der Differenzbereinigung beim Konjunkturprogramm. Verschiedene Anträge scheiterten in der ersten Lesung im Nationalrat an der Ausgabenbremse, wofür jeweils eine qualifizierte Mehrheit von 100 Stimmen notwendig ist. Auch im zweiten Umgang hielt der Nationalrat an seinen Entscheiden für ein entschlacktes Konjunkturpaket fest. Dabei erwies sich wiederum die Ausgabenbremse als unüberwindbares Hindernis für die Befürworter auf der linken Ratsseite. Zugestimmt wurde lediglich dem Antrag auf Finanzhilfen des Bundes für Ausbildungen im Energie- und Gebäudebereich. Mit diesen Differenzen musste sich der Ständerat ein drittes Mal befassen.

Umstritten war auch das Projekt «Atalanta», der Anti-Piraten-Einsatz der Armee vor der Küste von Somalia. Nachdem sich der Nationalrat letzte Woche mit 103:84 Stimmen weigerte, überhaupt auf die Vorlage einzutreten, hielt der Ständerat vorerst an seiner Zustimmung fest, allerdings weniger deutlich als beim ersten Mal. Das Geschäft wurde am Donnerstag wiederum im Nationalrat behandelt. Die SVP-Fraktion votierte klar gegen diesen Einsatz unserer Soldaten auf einem deutschen Kriegsschiff.

Umstrittener Botschaftsneubau in Moskau

Die Immobilienbotschaft für das Jahr 2009 umfasst Kredite im Gesamtbetrag von 353 Millionen Franken. Darin enthalten ist ein Rahmenkredit von 200 Millionen Franken für eine Vielzahl von Bauvorhaben im In- und Ausland unter 10 Millionen Franken. Daneben beantragt der Bundesrat für drei grössere Bauprojekte Einzelkredite von insgesamt 153 Millionen Franken. Unbestritten waren die geplanten Neu- und Umbauten für das Bundesstrafgericht in Bellinzona sowie Ersatzneubauten für die Agroscope in Changins. Zu Diskussionen Anlass gab jedoch der Kredit von fast 40 Millionen Franken für den Neu- und Umbau der Schweizer Botschaft in Moskau. Der Bedarf an sich war unbestritten. Zu reden gaben jedoch die Genauigkeit der Kostenberechnung und die geplante Umsetzung des Bauvorhabens. So wurden die Kosten lediglich geschätzt und dabei erst noch mit Schweizer Baupreisen gerechnet. Damit lassen sich die Kosten für ein Bauvorhaben in Moskau natürlich nicht zuverlässig ermitteln. Sodann ist vorgesehen, beim Bau sowohl die schweizerischen wie die russischen Bauvorschriften und Normen einzuhalten. Dies käme wohl keiner privaten Unternehmung in den Sinn, welche im Ausland baut. Damit wird das Bauvorhaben unnötig verkompliziert und verteuert.

Die vorberatende Kommission, die Kommission für öffentliche Bauten, beantragte deshalb mehrheitlich, diesen Kreditposten abzulehnen. Die SVP-Fraktion kritisierte in diesem Zusammenhang den generell etwas allzu lockeren Umgang mit Steuergeldern bei der Realisierung von Bauvorhaben des Bundes.

DIE SCHWEIZ – EIN ANGEBLICH RASSISTISCH-DISKRIMINIERENDER SCHWERSTSÜNDER

Der Europarat als schrullige Moraltante

Der Europarat ist laut Lexikon eine 47 Staaten umfassende Organisation und mit der Aufgabe betraut, wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt zu fördern. Ihr Ausschuss gegen Rassismus und Intoleranz hat nun einen Bericht veröffentlicht, der unerhörtes zu Tage beförderte: Ausländer, besonders Muslime, Türken oder Afrikaner würden in der Schweiz benachteiligt.

B. STEINEMANN
KANTONSRÄTIN SVP
WATT-REGENSDORF

Beim Zugang zur Gesundheitsversorgung und der Suche nach Wohnungen seien Nicht-Schweizer oft benachteiligt, wird uns vom Ausschuss gegen Rassismus und Intoleranz des Europarates ins Gewissen geredet. Versicherungsgesellschaften würden für Kraftfahrzeuge von Einwanderern vorab aus Balkanländern höhere Beiträge fordern. Auch Vermieter werden des Rassismus bezichtigt, weil sie überlegen, ob sie Wohnung und Umfeld der Verslumung preisgeben. Die Schweizer Behörden seien aufgefordert, solche «diskriminierenden Praktiken» zu unterbinden.

Aber auch unser Arbeitsmarkt ist angeblich von Fremdenfeinden und verkappten Nazis durchwuchert: «Die Arbeitslosigkeit sei bei Ausländern fast dreimal so hoch wie im Durchschnitt.» Und man möchte fragend hinzufügen, ob es in Europa sozialer und weniger rassistisch sei, gleich für alle Nationalitäten dreimal so hohe Arbeitslosigkeit zu bieten. Nirgends haben Einwanderer so gute Chancen wie bei uns. Aber offenbar gilt die sozialdemokratische Devise, wonach es lieber allen gleich schlecht geht als auf hohem Niveau den meisten besser als anderen.

Von Antirassisten und Antidiskriminierer

Und die Antirassisten wissen noch mehr Unglaubliches zu berichten, von dem wir bisher keine Ahnung hatten, offenbar weil uns das unsere fremdenfeindlichen Zeitungen und Fernsehsender arglistig verschweigen: «Aktive Neonazis» und Schweizer Medien (!) würden «manchmal rassistische oder fremdenfeindliche Stereotypen wiedergeben». Die Zahl rechtsextremer Gruppen in der Schweiz sei zwar «geringfügig, doch sie demonstrieren ihre feindliche Gesinnung gegen Ausländer manchmal in gewalttätiger Weise». So was haben bisher nicht mal die Linke hierzulande festgestellt, wo gerade SP und Grüne aus politischen Gründen dringend auf solche Entgleisungen angewiesen wären, die sie dann grobschlächtig der SVP in die Schuhe schieben könnten.

Weiter lassen uns die tapferen Antidiskriminierer wissen, dass die Europaratexperten die Situation in regelmässigen Abständen überprüfen und der Regierung in Bern auch Fortschritte bescheinigen. Da sind wir doch beruhigt, dass unser schönes Land nicht ganz durch den Kakao gezogen wird; uns beschleicht jedoch das ungute Gefühl, dass damit ein Ausbau der Sozialstaatstätigkeit verbunden war und die neuen Wächter kaum selbstlos fürs Gemeinwohl agieren werden. Und prompt erwähnt die Kommission Genaueres: Es gäbe Pilotprojekte für integriertes Wohnen in Zonen mit hohem Immigrantenanteil und Schüler aus Einwandererfamilien erhielten verbesserte Hilfen. Lobend wurde auch die Schaffung einer Extremismusabteilung bei der Armee erwähnt. Doch diese Massnahmen seien nicht ausreichend, werden die europarätlichen Knitterfalten oberlehrerhaft formuliert.

SVP unter Strafe stellen?

Aber das Schlimmste kommt zum Schluss: «Tief besorgt» äussern sich die Mitglieder des Komitees auch über das Erstarken der «unverblümt fremdenfeindlichen SVP». Diese beschuldige Ausländer pauschal, in der Schweiz soziale Leistungen zu missbrauchen und Verbrechen zu begehen. Sodann erfolgt unmittelbar der Hinweis auf das offenbar immer noch gutmenschlich unverdaute Schäfchen-Plakat: «Mit ihren Plakaten, Einwanderer als schwarze Schafe darzustellen, habe die SVP wesentlich zur Verschlechterung des Klimas und einer feindseligen Atmosphäre beigetragen». Ganz in der Manier totalitärer Regime wird der Schweiz die Gesinnungsschnüffelei, Gehirnwäsche und Zensur nahe gelegt; da es keine echten Strafen für die Verbreitung fremdenfeindlicher Gedanken durch Politiker gebe, breiteten sich Vorurteile zunehmend in der öffentlichen Meinung aus. Im Klartext heisst das, dass Statements und Werbung der SVP unter Strafe gestellt gehören.

Es stellt sich schon die Frage, welche Aufgaben eigentlich der Europarat übernehmen sollte und welche nicht, und ob die Schweiz nicht doch beim nächsten Sparpaket ihren Beitrag an dieses Gremium überdenken sollte. Denn: «In spätestens zwei Jahren soll die Umsetzung der wichtigsten im vorliegenden Rassismus-Bericht gemachten Vorschläge für die Schweiz einer Zwischenprüfung unterzogen werden.» Will heissen: Wenn wir nicht spuren, schwingt in zwei Jahren wieder der mahnende Zeigefinger.

Wir ahnen aber: Woher weiss der Schwede, der Lette und der Isländer im Europarat, dass die SVP mit einem Schäfchenplakat wirbt? Eher haben Andreas Gross und Dick Marty, zwei von Steuergeldern ausgehaltene Berufspolitiker, welche im Europarat sitzen und das ganze Unrecht der Schweiz darauf wartet, von ihnen beim Namen genannt zu werden, die Stellungnahme verfasst und damit ihrer eigenen Meinung internationale Bedeutung zugemessen. Es war denn auch nur die Eidg. Kommission gegen Rassismus unter ihrem Präsidenten Kreis, welche im Bericht eine Einladung zum Tätigwerden sah und im Namen der Schweiz eifrig Besserung versprach. Abgehobene Funktionäre glauben, Probleme zu erkennen, wo selbst unsere Linke nicht ins Diskriminierungsgeheule einstimmt, daher zeigt uns der Bericht vor allem eins: Dass in der Schweiz alles in Ordnung ist.

Unser freiheitliches und immer noch prosperierendes Land hat es nicht nötig, sich vom Rest Europas mit seinen politischen Verfehlungen belehren zu lassen.

Letzter Aufruf zur Unterschriftensammlung für das Referendum gegen «Cassis de Dijon»!

Gesammelte Unterschriften jetzt an das Referendumskomitee schicken!

Referendumskomitee «Nein zu Cassis de Dijon!»
Postfach 6724
1002 Lausanne

KANTONSRAT DES EIDGENÖSSISCHEN STANDES ZÜRICH

Kein Reinfall mit dem Rheinfall

Mit einem Postulat wurde der Regierungsrat gebeten, die angekündigten Investitionen in die Restaurationsbetriebe Schloss Laufen auf der Grundlage eines Gesamtkonzepts der Tourismusförderung in der Rheinfallregion zu planen. Ausserdem beschäftigte sich der Kantonsrat diese Woche mit dem Nachtflugverbot, Photovoltaikpanels auf Lärmschutzwänden und der Entlastung der Westtangente.

YVES SENN
KANTONSRAT SVP
WINTERTHUR

Auf das Postulat von **Inge Stutz** (SVP, Marthalen) antwortete der Regierungsrat, dass der Kanton Zürich als Eigentümer des Schlosses Laufen am Rheinfall zusammen mit den anderen Grundeigentümern (Kanton Schaffhausen, Gemeinde Neuhausen am Rheinfall, Kantonale Pensionskasse Schaffhausen) seit dem Jahr 2006 bestrebt sei, die touristische Attraktivität des Rheinfallgebiets und damit auch des Areals des Schlosses Laufen zu steigern. Seit Frühling 2007 werden in der Steuerungsgruppe unter Leitung des Staatsschreibers des Kantons Schaffhausen mögliche Formen der Zusammenarbeit besprochen. Im Auftrag dieser Gruppe befindet sich zurzeit ein gemeinsames touristisches Angebots- und Vermarktungskonzept in Erarbeitung, an dem sich auch der Kanton Zürich beteiligt. In diesem Gesamtkonzept wird den bereits weiter fortgeschrittenen Planungsarbeiten der Fiskalliegenschaft Schloss Laufen Rechnung getragen. Bei dieser historischen Liegenschaft sind weitergehende Massnahmen zur Steigerung der Attraktivität sowie dringender Unterhalt zur Aufrechterhaltung der Sicherheit, insbesondere beim Zugangsweg zum Rheinfall, notwendig. Zwischen den Kantonen Zürich und Schaffhausen bestehen ausserdem Gespräche betreffend einer möglichen Verlegung der SBB-Haltestelle. Erste Studien der SBB haben gezeigt, dass eine Haltestelle auf der Rheinbrücke grundsätzlich verwirklicht werden könnte. Die zuständige Kommission stellte fest, dass der Besucherstrom am Rheinfall um 30 Prozent abgenommen habe, zudem die Wertschöpfung des Tourismus eher mager sei. Für den Umbau und die Investitionen des Schloss Laufen werden 12,4 Mio. Franken aufgewendet. Im Frühjahr 2010 soll das Schloss laufen im neuen Glanz erstrahlen. **Inge Stutz** stellt im Rat fest, dass die Baumaschinen aufgefahren sind und der Besucherrückgang unterdessen gestoppt werden konnte. Erst nach verschiedenen Anfragen und beharrlichem Insistieren kamen die Gespräche mit den betroffenen Gemeinden zustande. Es sei unverständlich, weshalb der Kanton das regionale Wissen nicht in das Projekt einbeziehen wollte. **Hansjörg Schmid** (SVP, Dinhard) betonte, dass das Naturschauspiel des Rheinfalls einmalig sei. Allerdings sei in den letzten Jahren wenig bis nichts für einen angenehmen Aufenthalt gemacht worden. Das Postulat wurde abgeschrieben.

Nachtflugverbot

Mit einem Postulat und einer Interpellation aus dem linksgrünen Lager wurde gefordert, dass der Regierungsrat sich beim Bund gegen die schleichende Aufweichung des Nachtflugverbots auf dem Flughafen Zürich einsetzen soll. **Ruedi Menzi** (SVP, Rüti) betonte in seiner Funktion als Präsident der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt, dass die Volkswirtschaftsdirektion nicht willens sei, eine schleichende Aufweichung des Nachtflugverbots hinzunehmen. Ausnahmebewilligungen müssen aus Sicherheitsgründen möglich sein. **Lorenz Habicher** (SVP, Zürich) betonte zudem, dass das Nachtflugverbot zum Schutz der Bevölkerung berechtigt ist. Der Flughafen Zürich habe die restriktivste Nachtflugsperre von ganz Europa. Volkswirtschaftsdirektorin **Rita Fuhrer** (SVP) bestätigte, dass das WEF in Davos über 1000 zusätzliche Flugbewegungen verursache, jedoch keine während der Nachtsperre. Zudem müsse man wissen, dass der Regierungsrat als Verantwortlicher für den Flugverkehr wahrgenommen werde, jedoch der Bund vieles reglementiere und zementiere. Das Postulat wurde abgeschrieben und die Interpellation mit der Diskussion erledigt.

Photovoltaik

Mit einem dringlichen Postulat forderten die Grünen, die SP und EVP, dass auf Lärmschutzwänden entlang von Verkehrsträgern zwingend Photovoltaikanlagen installiert werden müssen. **Ruedi Menzi** (SVP, Rüti) betonte in seiner Funktion als Präsident der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt, dass der Kanton Zürich als Eigentümer des Schlosses Laufen am Rheinfall zusammen mit den anderen Grundeigentümern (Kanton Schaffhausen, Gemeinde Neuhausen am Rheinfall, Kantonale Pensionskasse Schaffhausen) seit dem Jahr 2006 bestrebt sei, die touristische Attraktivität des Rheinfallgebiets und damit auch des Areals des Schlosses Laufen zu steigern. Seit Frühling 2007 werden in der Steuerungsgruppe unter Leitung des Staatsschreibers des Kantons Schaffhausen mögliche Formen der Zusammenarbeit besprochen. Im Auftrag dieser Gruppe befindet sich zurzeit ein gemeinsames touristisches Angebots- und Vermarktungskonzept in Erarbeitung, an dem sich auch der Kanton Zürich beteiligt. In diesem Gesamtkonzept wird den bereits weiter fortgeschrittenen Planungsarbeiten der Fiskalliegenschaft Schloss Laufen Rechnung getragen. Bei dieser historischen Liegenschaft sind weitergehende Massnahmen zur Steigerung der Attraktivität sowie dringender Unterhalt zur Aufrechterhaltung der Sicherheit, insbesondere beim Zugangsweg zum Rheinfall, notwendig. Zwischen den Kantonen Zürich und Schaffhausen bestehen ausserdem Gespräche betreffend einer möglichen Verlegung der SBB-Haltestelle. Erste Studien der SBB haben gezeigt, dass eine Haltestelle auf der Rheinbrücke grundsätzlich verwirklicht werden könnte. Die zuständige Kommission stellte fest, dass der Besucherstrom am Rheinfall um 30 Prozent abgenommen habe, zuwelt, dass für die Lärmschutzwände an Nationalstrassen und Eisenbahnlinien der Bund zuständig sei. Bei Lärmschutzwänden an Staatsstrassen stünden dem Kanton mehr Kompetenzen zu. Die Projektierung von solchen Lärmschutzwänden kollidiere mit verschiedenen Interessen. Insbesondere der Ortsbildschutz in Kernzonen verunmögliche in aller Regel den Bau von langen zusammenhängenden Lärmschutzwänden. Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre kommen Lärmschutzwände nur an Siedlungsrändern in Frage, wo genügend Platz zwischen Strasse und Gebäuden vorhanden sei. In der Regel können pro Gemeinde nur einige wenige kurze Einzelmassnahmen verwirklicht werden. Eine Kombination der sorgfältig in die Umgebung eingepassten baulichen Lärmschutzmassnahmen mit Photovoltaikpanels sei undenkbar (Ortsbildschutz, Schattenwurf im Siedlungsgebiet) und würde den Bau der Lärmschutzmassnahmen gefährden. Ein Einsatz von solchen Panels würde sich in Anbetracht der geringen Wandlängen, die zudem oft in kurze Einzelwände von 30 bis 50 m aufgeteilt sind, kaum lohnen. Hinzu kommt, dass Panels an Lärmschutzwänden exponiert seien (Vandalenakte, Diebstahl, Verschmutzung) und deshalb einen verhältnismässig hohen Unterhalts- und Betriebsaufwand erfordern. Aus diesen Gründen sind z.B. Gebäude als Träger solcher Panels weit besser geeignet. Das Postulat wurde abgeschrieben.

Entlastung Westtangente

Mit einem Postulat wurde von SP und Grünen gefordert, dass der Regierungsrat zusammen mit der Stadt Zürich ab Eröffnung der Westumfahrung einen umfassenden Massnahmenplan zu erarbeiten und umzusetzen habe, der die Auswirkungen des Verkehrs auf die Anwohnenden an der Westtangente zwischen Hirschwiesentunnel und Hardplatz deutlich reduziert. **Luzius Rüegg** (SVP, Zürich) betonte, dass das Postulat die Verwaltung mit unlösbaren Szenarien belastet. Wie soll die Versorgung der Stadt Zürich funktionieren, wenn während 12 Stunden keine Lastwagen die Westtangente passieren dürften? **Willy Haderer** (SVP, Unterengstringen) betonte, dass mit der Eröffnung der Westumfahrung begleitete Massnahmen in Umsetzung sind. Die Hauptschuld des Missstands liege allerdings bei der Stadt Zürich. Der Verkehr bleibe in einer verheerenden Art und Weise im Limmattal stecken. Sollte der Verkehrsfluss in der Stadt Zürich weiter eingeschränkt werden, müsse man damit rechnen, dass sich dieser noch mehr verteilen werde. Mit dieser verkehrten Verkehrspolitik werde das Gegenteil erreicht. **John Appenzeller** (SVP, Stallikon) betonte, dass mit den geforderten Massnahmen das Gewerbe belastet, statt entlastet werde (siehe Kommentar). Das Postulat wurde abgelehnt.

Orlando Wyss neu im Kantonsrat

ZB. Für den zurückgetretenen und kürzlich verstorbenen Kurt Bosshard (SVP, Uster) ist seit Montag Orlando Wyss (SVP, Dübendorf) im Zürcher Kantonsrat. Die Kantonsratsfraktion freut sich über den Eintritt und wünscht Orlando Wyss einen erfolgreichen Start.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Entlastung Westtangente: Niederlage für Links-Grün

JOHN APPENZELLER
KANTONSRAT SVP
STALLIKON

Einmal mehr versuchten die linken Ratsmitglieder dem Gewerbe zu schaden und den Bürger zu bevormunden. Die Genossen Ueli Keller und Monika Spring sowie die Grüne Heidi Bucher-Steinegger verlangten ein Lastwagentransitverbot, ein generelles Fahrverbot für Lastwagen zwischen 19.00 und 07.00 Uhr sowie weitere Verkehrsleitungssyteme für den Transitverkehr auf die Umfahrung. Die letzte Forderung wurde im Übrigen bereits mit der Eröffnung des Westrings umgesetzt. Sämtlicher Verkehr in der Nähe der Stadtgrenze soll offensichtlich auf die Umfahrung gezwungen werden. Doch dies genügt den Unterzeichnenden nicht. Weiter forderten sie eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 für die Westtangente, Verbesserungen von Fuss- und Velowegen entlang der Westtangente, Ausbau des ÖV mit Busvorläuferbetrieb auf einer eigenen Spur sowie als krönender Abschluss die verbesserte Gestaltung und Anbindung des Bahnhofs Hardbrücke an den ÖV.

Offensichtlich am Ende ihres kreativen Lateins, wies man im Postulat darauf hin, dass der Regierungsrat durchaus noch spontane Ideen einbringen solle.

Der Schreibende entgegnete in seinem Votum, dass solche ähnliche Vorstösse bereits mehrfach eingereicht worden seien, der Regierungsrat schon vermehrt zur Stellungnahme gezwungen worden war und betrachtete dies als «Trötzli-Aktion» der Linken. Solche Forderungen sind für die Gewerbetreibenden nicht wirklich förderlich und Sperrzeiten absolut unnütz. Der LKW-Fahrer muss bereits heute schon strenge Ruhe- und Lenkzeiten einhalten. Was geschieht in den Sperrzeiten mit den Transporten von verderblichen Gütern? Der Post?

Tempo 30 ist bekanntermassen ein Rohrkrepierer. Mag Tempo 30 der Sicherheit dienen, ist es durch vermehrtes Schalten, anfahren und abbremsen für die Umwelt eine Mehrbelastung. Eigentlich müssten die Postulanten aus ökologischen Gründen dagegen sein. Das Leben bringt manchmal eigenartige Auswüchse.

Meinen Hinweis bejahte Heidi Bucher und betonte, ich hätte recht, sie sei eigentlich für Tempo null. Dies heisst nichts anderes als zurück ins Mittelalter zu Pferd und Kutsche. Die Frage, wer dann die Grossverteiler und das Gewerbe mit Gütern versorgen solle, beantwortete sie logischerweise nicht.

Obwohl schon mehrfach behandelt und abgelehnt bleibt man rückständig und fordert neue Abgaben von den Bürgern mittels Road Pricing. Zudem werden Umweltzonen gefordert, auch ein Mittel um den MIV abzuzocken. Denn nirgendwo ist es einfacher, dem Bürger Geld aus der Tasche zu ziehen. Ein kleiner Teil der CVP übte sich in Stimmenthaltung. Dennoch konnte dieses Postulat dank Zusammenarbeit von FDP, EDU und der SVP abgeschmettert werden. Die Folgen wären gravierend gewesen – nämlich mehr Abgaben, mehr Stau!

DIE SITZUNG IM ÜBERBLICK: DER KANTONSRAT HAT AM MONTAG …

… ein dringliches Postulat betreffend Lockerung des Nachtflugverbots abgeschrieben.	😐
… eine Interpellation betreffend Nachtflugordnung während der Euro 08 mit der Diskussion erledigt.	😐
... ein dringliches Postulat betreffend Tourismusförderung am Rheinfall abgeschrieben.	😐
… ein dringliches Postulat betreffend Photovoltaikpanels auf Lärmschutzwänden abgeschrieben.	😐
… ein Postulat betreffend Sicherheit für den Fussverkehr überwiesen.	☹
… ein Postulat betreffend Entlastung der Westtangente abgelehnt.	☺

21.9.09

BUDGET 2010 GIBT ZU GRÖSSTER SORGE ANLASS

Kantonsfinanzen – unverantwortbare Budget- und Finanzplanung

Der Regierungsrat hat letzte Woche das Budget 2010, den konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) sowie den Steuerfussantrag präsentiert. Zudem wurde ein Sanierungsprogramm «San10» angekündigt, das seine Wirkung allerdings erst in den Jahren 2011 und 2012 entfalten soll. Mit den präsentierten Zahlen haben sich die schlimmsten Befürchtungen bewahrheitet. Die Regierung hat offenbar alle Warnungen in den Wind geschlagen und erreicht den gesetzlich geforderten Ausgleich nicht. Ein solches Budget kann nicht akzeptiert werden.

MARTIN ARNOLD
KANTONSRAT SVP
OBERRIEDEN

Die im Budget 2010 präsentierten Zahlen geben zu grösster Sorge Anlass. Mit einem Ausgabenüberschuss von knapp 700 Mio. Franken erreicht das Budget 2010 einen absoluten Negativrekord. Die seit längerem zu erwartenden Ertragseinbussen wurden nicht einmal ansatzweise durch Aufwandreduktionen kompensiert. Die erneute Aufwandsteigerung von rund 400 Mio. Franken (+ 3,3%) – insbesondere beim Personalaufwand – ist inakzeptabel und wird von der SVP mit aller Deutlichkeit abgelehnt. Angesichts der dramatischen Entwicklung tönen die Erklärungen der Regierung geradezu lapidar und kraftlos. Die Verwaltung scheint an den Vorgaben der Regierung vorbei weiter zu wuchern. Ohne wesentliche Nachbesserungen in der parlamentarischen Beratung wird das Budget von der SVP klar abgelehnt.

Bedauerlich ist auch, dass in der jetzigen, wirtschaftlich schwierigen Lage keine Entlastung der Steuerpflichtigen angestrebt wird. Die blosse Verhinderung einer höheren steuerlichen Belastung genügt nicht – eine Steuerfusssenkung hätte eine unmittelbar wirksame positive Wirkung auf die Konjunktur. Auch hier rächt sich der Schlendrian auf der Ausgabenseite.

Sofortige Sparmassnahmen gefordert

Über die im KEF 2011 bis 2013 vorgesehenen Aufwandüberschüsse vermag auch das vorerst einmal angekündigte Sanierungsprogramm nicht hinwegzutrösten. Die Zeit seit dem Eintreten der Wirtschaftskrise – mit den daraus resultierenden Folgen auf der Ertragsseite – wurde von der Regierung offenbar nicht genutzt. Der KEF ist eine Fortschreibung der bisherigen Entwicklung. Der gesetzlich geforderte mittelfristige Ausgleich wird deutlich verfehlt, ohne dass der Regierungsrat dazu eine plausible Erklärung liefert. Zudem ist unverständlich, dass der Regierungsrat noch keine genaueren Angaben über das Sanierungsprogramm machen kann. Grobe Ansätze allein und angekündigte Sparanstrengungen genügen angesichts der dramatischen Situation nicht. Gefordert sind sofort wirksame Massnahmen (gezielter Anstellungsstopp in der Verwaltungsbürokratie, Lohnplafonierung) und ein rasch wirksames Sanierungsprogramm (Aufgabenverzichtsplanung).

Konkret fordert die SVP:

1. Der betriebliche Aufwand im Budget 2010 ist auf 12 Mrd. zu begrenzen. Dies erfordert eine Aufwandsenkung von 486 Mio. Franken. Die Aufwandsteigerung gegenüber dem Budget 2009 wird durch Sofort-massnahmen gestoppt (z.B. gezielter Anstellungsstopp, Massnahmen zur Lohnplafonierung, Einstellung der Arbeiten am PJZ).
2. Ein Steuersenkungspotenzial ist zu prüfen. Negative Auswirkungen im Steuerwettbewerb dürfen das Wirtschaftswachstum nicht zusätzlich belasten.
3. Die Arbeiten am Sanierungsprogramm sind prioritär voranzutreiben und müssen bereits im Budget 2011 und im KEF 2012 bis 2014 den gesetzlich geforderten Ausgleich wieder herstellen.
4. Die Mitwirkungsmöglichkeiten des Parlamentes in der Finanzplanung sind zu stärken.

Für die SVP ist klar, dass die geforderten Massnahmen einen Kraftakt darstellen. Sie sind aber unumgänglich, wenn die völlige Vernichtung des Eigenkapitals und eine massive Steigerung der Fremdverschuldung vermieden werden sollen.

EIN MITGLIED STELLT SICH VOR

Karl Zweifel

Alter: *53 Jahre*

Beruf: *Arzt, Dr. med., FMH für Orthopädie, Spezialgebiet Wirbelsäulenchirurgie*

Gemeinde: *Albisrieden, Zürich*

Seit wann sind Sie Mitglied bei der SVP und warum sind Sie beigetreten?
Das weiss ich eigentlich gar nicht so genau, so ungefähr seit 8 Jahren. Es könnten aber auch ein paar Jahre mehr sein. Der Beitrittsgrund lag in der zunehmenden Distanzierung aller anderen politischen Parteien von den politischen Idealen der Schweiz wie Unabhängigkeit, Freiheit, Autonomie, Föderalismus, Neutralität und direkter Demokratie.

Wie engagieren Sie sich innerhalb der Partei?
Zunächst als einfaches Mitglied der Partei in Albisrieden. Realpolitisch habe ich mich vor allem in der Medizin als VSAO-Mitglied seit 1988 für die Interessen der Ärzteschaft eingesetzt, wobei ich sowohl als staatlicher Angestellter des Kantons Zürichs, aber auch als Privatunternehmer, beide Seiten der Medaille kennenlernte.

Seit 20 Jahren bin ich mit der ruinösen planwirtschaftlichen Gesundheitspolitik konfrontiert und nicht einverstanden, weshalb ich für das nun frei werdende Departement für Gesundheit und Umwelt aus praktischer Erfahrung der beste Kandidat wäre. Die Gemeinderats- und Kantonsratswahlen (2006) stellten für mich sozusagen eine Schnupperlehre dar, stand ich doch zum ersten Mal in direktem Kontakt mit dem Bürger auf der Strasse und wurde nicht nur mit speziellen Gruppen wie, Ärzten, Pflegepersonal, Kassenverbänden, Spitalverbänden, Gesundheitspolitikern konfrontiert, sondern musste mich als politischer Generalist betätigen.

Daran, an der intellektuellen Breite, die die Allgemeinpolitik erfordert, fand ich seit meiner Jugend Gefallen, fand mich aber von Seiten der eigenen Erfahrung bis vor einem bis zwei Jahren nicht genug gewappnet, um meinen persönlichen Ansprüchen von Politik zu genügen.

Wie sehen Sie die Schweiz?
Die Schweiz ist auch in der aktuellen Wirtschaftskrise ein einzigartiges Erfolgsmodell. Soeben kürte das World Economic Forum (WEF) die Schweiz in seinem Global Competitiveness Indexes als das wettbewerbsfähigste Land der Welt, wohl bemerkt der Welt, nicht nur von Europa. Die aktuelle Arbeitslosenquote liegt mit unter 4 Prozent weitaus tiefer als jene der OECD mit ca. 9 Prozent und der USA mit 10 Prozent. Gleiches gilt für die Jugendarbeitslosigkeit mit < 6 Prozent in der Schweiz mit ihrem dualen Bildungssystem, beträgt diese in Finnland trotz höchstem Anteil an Hochschulabsolventen der finnischen Jugend über 20 Prozent, in Frankreich, Spanien ebenfalls um die 20 Prozent. In der Berufsweltmeisterschaft belegt die Schweiz hinter Korea und Japan in diesem Jahr den 3. Platz.

Banken und Versicherungsinstitute sind ebenfalls weltspitze, wenn auch das Rénommée etwas angekratzt. Auch ausserhalb der EU und Jahrzehnte vor der EU-Gründung war kein Land international besser vernetzt als die Schweiz. Die Schweiz weist meines Erachtens noch die beste Gesundheitsversorgung der Welt auf, auch wenn planwirtschaftliches Denken das Gesundheitswesen in allen Bereichen teurer, ineffizienter aber nicht besser macht. Im Gegensatz zu den USA sind die Privathaushalte kaum kreditverschuldet und daher auch gegenüber weiterer Blasenbildungen einigermassen resistent.

Warum ist die Schweiz erfolgreich?
Der Grund liegt in der Ideologie, die dem Prinzip des obrigkeitslosen Freiheitsdenkens entspringt. Unabhängigkeit, Autonomie, Föderalismus, direkte Demokratie, Neutralität das Erfolgsrezept. Es gibt schlichtweg nichts Besseres. Umso unverständlicher die Absicht aller von Realitätsblindheit Beschlagenen, die mit hartnäckiger Beharrlichkeit mit einem EU-Beitritt diese Vorteile scheinbar mit aller Gewalt und Unvernunft zu zerstören versuchen. Denn es entspricht nun mal einer Tatsache, dass wenn man etwas Exzellentes, die Schweiz, mit weniger Exzellentem, der EU, mischt, nie etwas Besseres entstehen kann. Es gilt deshalb diese Vorzüge zu bewahren und nicht durch links ideologisches Gedankengut, sprich mittels EU-Beitrittsabsichten und sozialer Marktwirtschaft den Karren an die Wand zu fahren. Insbesondere führt die sogenannt «soziale Marktwirtschaft» dazu, dass die Defizite der Staatshaushalte explodieren. Selbst in der Schweiz drehen alle Sozialwerke im roten Bereich. Vor allem die Jugend sollte sich überlegen, welche Partei wirklich ihre Zukunft in Sicherheit und Freiheit zu bewahren versucht und es ist gerade die Jugend, die nicht auf die verführerische Linke, die stets in den Wirtschaftsruin geführt hat, hereinzufallen. Eine linke Politik, die Wohlstand noch nie aus eigener Kraft zu generieren vermochte, sondern diesen von all jenen erarbeiten und zwangsumverteilen liess, die sie politisch bekämpfen – paradoxer kann Ideologie nicht sein.

Ob es die Jugend nun wahrhaben will oder nicht, es sind die Schulden, die der Jugend eine sichere Zukunft verbauen und damit rot-grün und nicht die seit Jahrzehnten gegen die Schuldenpolitik und Staatsaufblähung sich widersetzende und ständig darauf hinweisende und warnende SVP.

Welcher Politiker ist Ihr Vorbild und warum?
Der Zürcher Alfred Escher (1819–1882). Keiner verkörpert mein politisches Ideal besser als Escher. Seine Realpolitik hat nicht nur Zürich zu Wohlstand gebracht, sondern die gesamte Schweiz. Escher sah in weiser Voraussicht, worauf Wohlstand beruht, nämlich am Ausbau der Verkehrsnetzwerke. Im 10. Jahrhundert waren Städte verkehrstechnisch auf Flüsse angewiesen, es gab ausser Fuss- und Pferdewegen keine anderen. Der Quantensprung, der die Technologie aufgrund des landesweiten Zugriffs auf Ressourcen beschleunigte, war die Eisenbahn und die Verbindung von Nord mit Süd durch den Bau des Gotthardtunnels. Alfred Escher präsidierte die ins Leben gerufene Gotthardgesellschaft. Um die Schweiz eisenbahntechnisch zu vernetzen, benötigt man Ingenieure und diese Idee führte zur Gründung der Eidgenössisch Technischen Hochschule, abgekürzt als ETH. Aber noch nicht genug der guten Dinge. Meine Ansicht teilend sind die Finanzen auch für Escher der Schlüssel zu aller Politik, weshalb er auch noch die Schweizerische Kreditanstalt, heute CS, aus dem Boden stampfte und Zürich auch zu einem Finanzzentrum höchster Güte machte.

Hier wurde wahre Pionierarbeit auf unternehmerischen Grund für die Politik geleistet. Alfred Escher verkörpert all das, was ich mir von einem Politiker wünsche, inklusive der Tatsache, dass man für das Gute, das man schafft, nicht immer Dank erntet.

Was sind Ihre nächsten persönlichen Projekte?
Der Bevölkerung anhand einfacher Beispiele aufzuzeigen, was ich politisch erreichen will und wie Politik aus meiner Sicht auszusehen hat. Um danach Stadtrat von Zürich zu werden und meine Ideen gemeinsam im Gremium durchzusetzen. Dabei ist mir der Konsens wichtiger als der Kompromiss. «Meine Politik» unterscheidet sich nicht vom SVP-Parteiprogramm, sowo shl jenem der Schweiz als auch jenem für Zürich. Die politischen Ziele sind derart vernünftig, dass kaum jemand etwas gegen dieses Programm haben kann. Angemessener Wohlstand, Staatsschuldenabbau, Schutz der Bürger, Stützung der KMUs respektive des Mittelstandes, niedere Steuern, Freiheit in der Wahl des Individualverkehrs, realistische marktorientierte Energiepolitik – wer kann schon gegen solche Ziele sein? Als «moderat konstruktiver SVP»-Politiker hoffe ich diesbezüglich auf breite Unterstützung aus der SVP und aller Schweizer Bürger.

SVP HERRLIBERG

Erfolgreiche SVP-Beiz am Herbstmarkt

SVP Herrliberg. Am letzten Wochenende war die SVP Herrliberg wieder im Einsatz. Am Herrliberger Herbstmarkt nahm die SVP mit einer «Beiz» teil. Ein originelles, altes Chalet diente als Küche für die SVP-Älplermaggaroni. Diverse Getränke, Kaffee und Kuchen rundeten das Angebot ab. Und von diesem wurde regen Gebrauch gemacht! Das grosse Zelt – das eigentliche Herz des Herbstmarktes – war praktisch immer voll besetzt, so dass SVP-Präsident Reto Tobler und seine Mannschaft gehörig «schuften» mussten. Um 13.30 Uhr war das Essen bereits «ausverkauft». Rechzeitig kam aber noch diverse SVP-Prominenz, siehe Bild.

Sektionspräsident Reto Tobler mit den Kantonsräten Martin Arnold, Hans Frei, Samuel Ramseyer, Ernst Stocker, Rosmarie Frehsner, Christopher Vohdin, Fraktionssekretär Christoph Bähler und Kantonsrat und Gemeindepräsident Rolf Jenny.

SVP STÄFA

Wetterglück für den traditionellen Herbstapéro

SVP Stäfa. Am Samstagnachmittag von letzter Woche durfte der Präsident, Daniel Sprecher, Nationalrat Christoph Mörgeli mit Tochter Michèlle, zahlreiche gutgelaunte Mitglieder, Gäste und allgemein historisch Interessierte begrüssen. Der «Vater des Museumpasses», Theo Wyler, führte danach über das Ortsmuseum, die «Alte Krone», wo Goethe abgestiegen war und hier den Wilhelm-Tell-Stoff gedanklich vorbereitet hatte, über den «Hexentanz» in den Rebbauweiler Mutzmalen, wo Oski Bachmann und Winzer Peter Menzi bereits Speis und Trank vom Feinsten bereitgestellt hatten.

Abonnieren
Sie gratis unseren

Newsletter

unter
www.svp-zuerich.ch

«Höhere Steuern treffen die Familien und das Gewerbe. So verschärft sich die Wirtschaftskrise zusätzlich. Darum stimme ich Nein am 27.9.»
Theres Weber, Kantonsrätin
Uetikon am See ZH

8% Mehrwertsteuer
NEIN

Ihr Partner im
Zürcher Unterland und Grossraum Winterthur

MICHELIN — Kleber

MULTIBIB

- *Breitreifen Serie 65*
- *für Schlepper bis 200 PS*
- *bodenschonend*

NEU

FITKER

- *Breitreifen Serie 70*
- *starke Zugkraft*
- *hoher Fahrkomfort*

PNEUHAUS WEGMANN

Pneuhaus Wegmann AG
Ringstrasse 2
8317 Tagelswangen
Tel. 052 343 11 68
Fax 052 343 67 32
info@pneuhaus-wegmann.ch

elkura® ag
seit 1963

LÄRM ZUG KÄLTE — still dicht warm

8134 Adliswil, Fabrikhof 5 Tel. 01 / 710 95 86 Fax 01 / 710 95 82
7000 Chur Tel. 081 / 253 35 25 Fax 081 / 253 36 04
www.elkura-ag.ch info@elkura-ag.ch

Haben Sie Probleme mit Ihren Fenstern?

EURO Gebrauchsmusterschutz Nr. G 90 12 392.1

Bestehende Doppelverglasungsfenster umbauen auf 2- oder 3fach-Isolierverglasung bis 1,1 W/m² sowie Schalldämmung bis ca. 40 dB.

Besonders vorteilhaft bei gleichzeitiger ALU-Verkleidung der äusseren Flügelseite. Systeme auch verwendbar zum Umrüsten bereits bestehender Isolierverglasungsfenster.

Im weiteren liefern und montieren wir Ihnen auch neue Fenster in Kunststoff, Holz, Metall oder Holz/Metall kombiniert – auch im jahrelang bewährten ELKURA-Fertig-Einbausystem (ohne Herausreissen der alten Rahmen).

Sämtliche Arbeiten im Zusammenhang mit der Fenster- und Türabdichtung.

Profitieren Sie von unserer Entwicklung und jahrelangen Erfahrung mit diesen Systemen. Lassen Sie sich von uns beraten, unsere Offerte ist kostenlos.

Besuchen Sie uns auch in der Schweizer Baumuster-Centrale Zürich

EINGEREICHTE VORSTÖSSE AUS DER HERBSTSESSION

Interpellation: Revisionsbedarf im JStG aufgrund immer jüngerer Täterschaft

NATALIE RICKLI
NATIONALRÄTIN SVP
WINTERTHUR

Nachdem auch jüngere Straftäter immer brutaler werden, ist das Bundesgesetz über das Jugendstrafrecht dringend den neuen Gegebenheiten anzupassen. Vor allem die Alterslimiten bei den Strafen, aber auch die Regelung der Schutzmassnahmen im Jugendstrafrecht sind überholt.

Zudem kommen zahlreiche kriminelle Jugendliche zu früh auf freien Fuss oder müssen ihre Strafe nicht einmal antreten. Gerade bei schweren Delikten wie Raub, Vergewaltigung, Körperverletzung oder Tötungen kann dies verheerende und auch gefährliche Folgen haben. Jeder zweite Täter unterläuft zudem das Jugendstrafrecht: Durch renitentes Verhalten nach Ablauf der Strafdauer im Massnahmevollzug erzwingt er die vorzeitige Entlassung.

Ich bitte den Bundesrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Ist der Bundesrat ebenfalls der Ansicht, dass die Alterslimite für einen Freiheitsentzug bis zu vier Jahren (Art. 25 JStG) und eine Busse (Art. 24 JStG) auf 14 Jahre gesenkt werden sollte, da die Alterslimite von 15 bzw. 16 Jahren überholt ist?
2. Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass es sinnvoll ist, bei Jugendlichen, die bereits in jungem Alter schwere Straftaten verüben, mittels einer Unterbringung die notwendige Erziehung und Behandlung des Jugendlichen sicherzustellen?
3. Müsste nicht bei jeder Verurteilung aufgrund eines Verbrechens bzw. schweren Delikts oder bei Wiederholungstaten auch bei kleinen Delikten zwingend als Schutzmassnahme die Unterbringung nach Art. 15 JStG angeordnet werden?
4. Sieht der Bundesrat auch Handlungsbedarf bei der Anrechnung der Strafdauer an die Massnahme, da so 50% der Täter eine vorzeitige Entlassung erzwingen? Wäre eine Lösung eine neue Berechnungsformel, dass bei einem Jahr Freiheitsentzug bspw. eine Schutzmassnahme von 3 Jahren gilt?
5. Der Bundesrat hat eine Überprüfung der aktuellen gesetzlichen Grundlagen im Jugendstrafgesetz in Aussicht gestellt. Wann konkret dürfen wir mit den Vorschlägen rechnen?

Interpellation: Steigerung der Wirksamkeit von Verweisen bei Jugendlichen (JStG)

NATALIE RICKLI
NATIONALRÄTIN SVP
WINTERTHUR

Die Wirksamkeit von schriftlichen Verweisen (Art. 22 JStG) als Strafe ist umstritten. Die Erteilung eines Verweises an einen jugendlichen Straftäter hat eine wesentlich mildere Wirkung als die Verpflichtung zu einer Persönlichen Leistung oder die Bestrafung mit Freiheitsentzug. Viele jugendliche Straftäter lassen sich von der «förmlichen Missbilligung» ihrer Tat wenig bis gar nicht beeindrucken, wie verschiedene Fälle von jungen Wiederholungstätern in den letzten Monaten zeigen.Im Gegenteil, darüber lachen die Jungen. Und das fördert die Rückfälligkeit. Mit einfachen Massnahmen – etwa der Anordnung einer obligatorischen Probezeit für alle Verweise – könnte dieser Strafmassnahme mehr Nachachtung verschafft werden.

Ich bitte den Bundesrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass die Erteilung eines Verweises nur für Vergehen bzw. kleine Delikte angebracht ist, während ein Verweis als Strafe für schwere Delikte (Vergewaltigungen, Körperverletzungen, Tötungen …) generell als zu mild erscheint und entsprechend ausgeschlossen werden müsste?
2. Ist der Bundesrat auch der Meinung, dass ein Verweis nur einmal (bei einer Ersttat) als Strafe verhängt werden darf und danach (bei Wiederholungstaten) zwingend eine härtere Strafe zu erteilen ist?
3. Würde die zwingende Anordnung einer Probezeit bei einem Verweis demselben mehr Nachdruck verschaffen?
4. Sollten Verurteilungen zu einem Verweis nicht auch in den Strafregisterauszug um Abschreckung zu erzielen?
5. Ist der Bundesrat bereit, die entsprechenden Gesetzesänderungen vorzubereiten?
6. Gibt es Statistiken zu den erteilten Verweisen im Jugendstrafrecht?

Motion: Längere Persönliche Leistung für junge Ersttäter (JStG)

NATALIE RICKLI
NATIONALRÄTIN SVP
WINTERTHUR

Der Bundesrat wird beauftragt, die Altersvorgaben für Strafen so zu ändern, dass Jugendliche nach Vollendung des 10. Altersjahres mit einer Persönlichen Leistung bis zu einer Dauer von drei Monaten (Art. 23 JStG) bestraft werden können.

Begründung
Im Bereich der Jugendkriminalität zeigt sich, dass brutale Taten auch von zunehmend jüngeren Tätern verübt werden. Der Fall der Winterthurer Jugendbande, deren Mitglieder zwischen 13 und 16 Jahren alt sind, dokumentiert diese Entwicklung anschaulich. Die Bandenmitglieder im Teenager-Alter schreckten bei ihren Raubüberfällen auch nicht vor Gewalt zurück. Sechs der zehn Täter waren zudem vorbestraft.

Das Jugendstrafrecht steht damit vor einer neuen Situation. Die in den Art. 23 ff. JStG festgehaltenen Alterslimiten sind überholt. Es ist wichtig, Jugendliche bereits bei Ersttaten zur Rechenschaft zu ziehen. Sie müssen erkennen, dass es Konsequenzen hat, wenn man gegen das Gesetz verstösst. Junge Ersttäter werden heute oftmals mit Persönlicher Leistung bestraft.

Angesichts der Tatsache, dass auch junge Ersttäter immer skrupelloser werden, erscheint eine Persönliche Leistung von höchsten 10 Tagen als viel zu wenig wirksam. Die Gerichte sollen junge Ersttäter ab dem 10. Altersjahr zu einer Persönlichen Leistung im Umfang von bis zu drei Monaten – wie heute zwischen 15 und 18 Jahren möglich – verpflichten können.

Dringliche Anfrage: Stopp der Aushungerung der Armee durch den Zivildienst

HANS FEHR
NATIONALRAT SVP
EGLISAU

Das VBS hat verlauten lassen, dass die Zahl der Zivildienstgesuche seit der Abschaffung der Gewissensprüfung per 1. April 2009 geradezu explodiert ist und dass dadurch in Zukunft die Bestandesprobleme in der Armee verschärft werden. Das kann nicht erstaunen: Der Zivildienst wird offensichtlich von vielen Dienstpflichtigen – darunter von vielen Drückebergern, die den Weg des geringsten Widerstandes nun uneingeschränkt gehen können – als wenig streng und damit als attraktiv wahrgenommen. Daran ändert die anderthalbfache Dauer gegenüber dem Militärdienst nichts. Wie den Medien zu entnehmen war, werden Zivildienstleistende beispielsweise als Badeaufsicht an Tessiner Flüssen eingesetzt. Zudem ist die Regelung, dass ein Armeeangehöriger nach ein paar Tagen RS oder WK ein Zivildienst-Gesuch stellen (beziehungsweise eine formelle «Erklärung» abgeben) und die Armee verlassen kann, weil ihm beispielsweise eine Kommandierung auf die Sonntagswache nicht passt, völlig absurd. Die allgemeine Wehrpflicht, ein Grundpfeiler unserer Milizarmee, wird dadurch zur Farce.

Ich bitte daher den Bundesrat um die rasche Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele Zivildienstgesuche sind seit der Abschaffung der Gewissensprüfung gestellt worden?
2. Wie verhalten sich diese Zahlen gegenüber jenen vor der Abschaffung der Gewissensprüfung?
3. Wie werden die Zivildienstleistenden eingesetzt? Stimmt es, dass sie auch als Badeaufsicht eingesetzt werden?
4. Wer befindet über den Einsatz und die Arbeitsanforderungen des Zivildienstes?
5. Wie wird sichergestellt, dass der Zivildienst einen straffen Ablauf und einen strengen Arbeitscharakter aufweist und mit der Intensität einer RS verglichen werden kann?
6. Ist unter den derzeitigen Umständen die Wehrgerechtigkeit noch gegeben?
7. Kann mit einem Zivildienst überhaupt eine mit der Wehrpflicht vergleichbare Situation geschaffen werden, indem letztere vom Wehrmann hohe Leistungen unter schwierigen Bedingungen verlangt – im Ernstfall sogar den Einsatz des eigenen Lebens – während der Zivildienst doch eher in der «warmen Stube» stattfindet?
8. Ist der Bundesrat der Meinung, dass eine Rückkehr zur Gewissensprüfung nötig ist, oder schlägt er andere, ebenso wirksame Massnahmen vor?

www.blog.zanetti.ch

seit 1963
elkura® ag
Fachbetrieb für Fenster, Schall- und Isoliertechnik
8134 Adliswil, Fabrikhof 5 Tel. 01/710 95 86 Fax 01/710 95 82 www.elkura-ag.ch
7000 Chur Tel. 081/253 35 25 Fax 081/253 36 04 info@elkura-ag.ch
Haben Sie Probleme mit Ihren Fenstern?
Es müssen nicht immer neue Fenster sein - Ökologie und Ökonomie zugleich.
EURO Gebrauchsmusterschutz Nr. G 90 12 392.1
Besuchen Sie uns auch in der Schweizer Baumuster-Centrale Zürich

Die erfolgreiche Zukunft der Schweiz
öffentlicher Vortrag von Christoph Blocher
anschliessende Diskussion
Mittwoch, 7. Oktober 2009
19.30 Uhr
Landenberghaus
Gemeindesaal · Im Städtli
Greifensee
Eine Veranstaltung der SVP Greifensee.
SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Wir bieten **Chemikalien ab Lager Dällikon ZH** auch in Kleinstmengen für Industrie, Labor und Gewerbe in bester Qualität (ISO-zertifiziert).
Die **ERNE surface AG** ist ein unabhängiges Schweizer Familienunternehmen mit über 70-jähriger Erfahrung. Profitieren Sie von unserem Wissen und lassen Sie sich unverbindlich beraten, gerne steht Ihnen unser Kundendienst zur Verfügung:
ERNE surface AG
Frau Rita Brenner
Frau Sarah Guggenbühl
Tel. 043 411 74 74
verkauf@erneag.ch

Mit Sicherheit das Pneuhaus mit den vernünftigen Preisen!
Öffnungszeiten: Mo–Fr 8.00–12.00 Uhr/13.30–18.30 Uhr Sa 8.00–12.00 Uhr oder nach telefonischer Vereinbarung
In Top moderner Werkstatt • Pneus für: LKW, PW, Landwirtschaftsmaschinen, Motorräder, LKW-Neugummierungen • Alu- + Stahlfelgen • Radwaschmaschine
Otto Schaufelberger Hinwil
Fabrikstr. 3, Tel. 044 937 43 91

Die Profis vom Land
Personal- und Arbeitskräfte (alles Landwirte) für
Gewerbe Bau Industrie Gartenbau
tage- oder wochenweise, Temporäreinsatz
Tel. 055 251 41 41 info@mrzo.ch
Maschinenring

Keine unnötigen An- und Abflüge über dicht besiedeltes Gebiet!
Lärm-Verteilungsinitiative NEIN
Abstimmung 27.9.2009
Martin Arnold, Geschäftsleiter KGV, Kantonsrat SVP
Max Binder, Nationalrat SVP
Verena Diener, Ständerätin Grünliberale
Urs Egger, Präsident FDP Stadt Zürich
Prof. Dr. Felix Gutzwiller, Ständerat FDP
Dr. Elmar Ledergerber, Präsident Zürich Tourismus
Dr. Lorenz Schmid, Kantonsrat CVP
«Wir sagen NEIN zur Lärm-Verteilungsinitiative, weil sie für viele Menschen mehr Lärm bringt.»
www.laermverteilung-nein.ch
NEIN sagen auch SP und Grüne.

Fadegrad

Mit Quoten zur Gleichheit

VON ROLF A. SIEGENTHALER

Am 23.9.09 beschäftigte sich der Nationalrat mit dem Thema Frauenquote. Es ging um eine parlamentarische Initiative der Genfer Nationalrätin Maria Roth-Bernasconi (SP). Sie forderte eine Quote von 30 Prozent Frauen in Verwaltungsräten. Laut der Zeitung «20minuten» habe der Nationalrat das Ansinnen mit der Begründung abgelehnt, «dass eine Quote der Frauenförderung schaden könnte, da der Ruf ertönen könnte, weibliche Verwaltungsratsmitglieder seien nur zur Erfüllung der Quote gewählt worden». Im Jahr 2005 entschied das Bundesgericht gegen die Universität Freiburg, die bei der Besetzung einer Professur die Dossiers von Männern gar nicht erst geprüft hatte. Im entsprechenden Inserat wurde darauf hingewiesen, «dass für die Stelle wegen der im Programm zur Nachwuchsförderung an den Universitäten vorgesehenen Frauenquote von 40 Prozent nur weibliche Bewerberinnen in Frage kämen», schrieb die NZZ online in ihrer damaligen Berichterstattung. Quoten könnten also den Wettbewerb zuungunsten der Fähigsten verzerren. Trotzdem bleiben Quoten ein Thema. Die kantonalzürcherische Integrationsbeauftragte Julia Morais will gemäss der neu gestalteten NZZ vom 23.9.09 analysieren, weshalb in der Verwaltung nicht mehr Ausländer arbeiten, obschon die Zuwanderung derart zugenommen hat. Als besonderen Trumpf für die Beschäftigung möglichst vieler Ausländer streicht Frau Morais die Vielsprachigkeit heraus. Diese sei «etwa in den Gefängnissen von Vorteil», wird sie zitiert. Eine solche Äusserung stimmt natürlich nachdenklich, zumal die Ausländerzahl wenigstens in den Gefängnissen umgekehrt proportional ist zu deren Bevölkerungsanteil. Es ist anzunehmen, dass Frau Morais ihre Aussage wieder zurückziehen würde, wenn sie nicht schon gedruckt wäre. Denn eine solche könnte als ausländerdiskriminierend aufgefasst werden. Der Zyniker möchte sagen, dass die Quoten dort nicht nötig sind, wo die Bedingungen dem Leistungsprofil der Minderheit entsprechen. Die Realität könnte diese These sogar stützen. So auch unser Artikel. «In der Stadt Zürich beträgt der Ausländeranteil beim gesamten Personal 17,4 Prozent, in Winterthur 13 Prozent. In allen befragten Gemeinden ist der Ausländeranteil bei den Angestellten der Pflegeheime am höchsten, in der Stadt Zürich beträgt er dort 36,5 Prozent. Fast ebenso hoch ist er in der Dienstabteilung Immobilienbewirtschaftung, der die Reinigung der Amts- und Schulhäuser angegliedert ist (35,9%).» Trotzdem will man auch hier nichts wissen von Quoten, wie der Leiter der Stadtzürcher Integrationsförderung sagt: «Das ist für uns kein Thema – arbeiten doch bei uns, unabhängig vom Pass, gut qualifizierte Personen.» Wie war das genau? Wer ist da wofür gut qualifiziert? Mainstreaming bleibt ein Thema. Die Folgen sind Realität. Experten äussern sich nur noch dann ehrlich, wenn sie es nicht merken.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Der Traum vom sozialen Wachstumsboom

Obwohl sich die Zahl der Teilnehmenden der privaten Auftragsvermittlungsstelle Etcetera vom Schweizerischen Arbeiterhilfswerk (SAH) in den vergangenen Jahren auf einem konstanten Niveau gehalten hat, möchte die Organisation mehr Geld von der Stadt Zürich.

MONIKA ERFIGEN
GEMEINDERÄTIN SVP ZÜRICH 7/8

Die private Auftragsvermittlungsstelle Etcetera vom Schweizerischen Arbeiterhilfswerk (SAH) kümmert sich vorwiegend um Leute, die kaum einen Beruf erlernt haben – und häufig das richtige und zuverlässige Arbeiten auch nicht. Der regionale SP-Lizenzverein bietet via Etcetera Beschäftigungs- und Arbeitsintegrationsprogramme an und wird unterstützt vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) und seiner Gründerin, der SP Schweiz. Die Klientel setzt sich zusammen aus Migranten, Asylanten, langzeit- und dauerhaft Erwerbslosen und ein paar Sozialhilfebezügern. Das so genannte Organisationskapital des Arbeiterhilfswerks, einer sozialpolitisch motivierten Organisation nota bene, beträgt über eine Million Franken. Die Aktiven betragen über 2,3 Millionen Franken mit flüssigen Eigenmitteln von 900 000 Franken. Das tönt eigentlich eher kapitalistisch … Und jetzt kommt das SAH daher und fordert für sein Etcetera vom Steuerzahler der Stadt Zürich, dass der bisherige Jahresbeitrag von 200 000 Franken um 40 Prozent auf 276 000 Franken zu erhöhen sei.

Offenbar, so SVP-Gemeinderat **Guido Bergmaier,** träumt man bei Etcetera vom sozialen Wachstumsboom, auch wenn sich die Zahlen der Teilnehmenden in den vergangenen Jahren auf einem konstanten Niveau gehalten haben. Wieder eingegliedert in den Arbeitsmarkt werden gerade mal 4 bis 7 Prozent der so genannten Klienten. Die übrigen spuren offensichtlich nicht so recht in diesem Resozialisierungsprogramm. Umgekehrt ist natürlich klar: Für die vielfältigen politischen Kampagnen und die links ideologische Arbeit, wie beispielsweise für «strukturelle Veränderungen zum Rollenverhalten zwischen Mann und Frau» oder indem die Bevölkerung und Regierung mit dem Magazin «Solidarität» auf den richtigen Weg gebracht werden soll, braucht das SAH Geld. Und das am besten aus dem Steuerkässeli der Stadt Zürich. Einem links ideologisch ausgerichteten Verein öffentliche Gelder nachwerfen und damit auf Kosten des Steuerzahlers für noch mehr Vermögen und Reingewinn zu sorgen? Nein!

Keine weiteren Millionen für Möchtegernpolizisten

Für die unbefristete Weiterführung der Interventionen gegen Jugendgewalt und exzessiven Alkoholkonsum von «sip züri» beantragt der Stadtrat jährlich wiederkehrende Ausgaben von 1,16 Millionen Franken. Seit 2000 führt das Sozialdepartement mit «sip züri» Sozialarbeits-Interventionen im öffentlichen Raum durch. Aufgrund der Problematik mit Drogen- und Alkoholabhängigen sowie «allgemein sozial marginalisierten Personen» wurde «sip züri» in der Stadt Zürich entwickelt. SVP-Gemeinderat **Mauro Tuena** erinnert aber daran, dass es sich beim «sip züri»-Personal um ganz gewöhnliche Sozialarbeiter und Möchtegernpolizisten ohne jegliche Kompetenzen handelt. «sip züri»-Mitarbeiter sind zum Beispiel nicht befugt, Ausweise zu kontrollieren oder Personalien aufzunehmen. Hinzu kommt, dass das «sip züri»-Personal kaum unsere Sprache beherrscht. Wohl kaum eine rosige Voraussetzung, sich Respekt zu verschaffen! So oder so, trotz oder mit «sip züri» sind die Jugendgewaltprobleme nicht kleiner geworden in der Stadt Zürich. Im Gegenteil. Im Namen der SVP beantragt **Mauro Tuena** aus diesem Grund, dass die 1,16 Millionen Franken – wenn schon – nicht dem Sozialdepartement, sondern dem Polizeidepartement zukommen sollen.

Parolen zur Volksabstimmung vom 27. September 2009

Städtische Vorlagen

Verordnung über die polizeiliche Datenbank GAMMA zu Sportveranstaltungen in der Stadt Zürich	NEIN
Projekt Albis, Umbau für die Nutzung als Hauptstandort der OIZ	NEIN
Rahmenkredit von 180 Mio. Franken / ewz-Geschäftsfeld «Energiedienstleistungen»	NEIN
Objektkredit von 50 Mio Franken für eine städtische Quartierverbindung in Oerlikon	JA

GEMEINDEFRAKTION

Parkplatzkompromiss – SVP-Fraktion fordert PUK

Die Parkplatzfrage hat Zürich erregt. Der Gemeinderat hat 1990/1996 ein für den Stadtrat verbindliches «Parkierungskonzept» beschlossen und hat darin detailliert Vorgaben gemacht, unter welchen Voraussetzungen oberirdische, allgemein zugängliche Strassenparkplätze aufgehoben werden sollen. Die Art und Weise, wie die Verwaltung Parkplätze aufgehoben hat, hat ernsthafte Zweifel darüber aufkommen lassen, ob der Gemeinderatsbeschluss korrekt vollzogen worden ist. Die SVP-Gemeinderatsfraktion fordert die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK).

GEMEINDERAT
MAURO TUENA
FRAKTIONSCHEF SVP ZÜRICH 4/5

Im Raum steht der Vorwurf, dass die Verwaltung den Wortlaut des Gemeinderatsbeschlusses eigenmächtig abgeändert und diesen verwaltungsintern und in der Öffentlichkeit falsch wiedergegeben habe. Es wird bezweifelt, ob die Verwaltung über eine Parkplatzbilanz verfüge und ob die Kompensationspflicht eingehalten worden sei. Überdies hätten die bei der Aufhebung von Parkplätzen frei werdenden Flächen gleichzeitig in Velo-, Fussgänger- und Grünbereiche umgewandelt werden müssen, was bezweifelt wird. Zur Diskussion steht auch die Frage, ob bei der Aufhebung von Parkplätzen der Rechtsschutz der Betroffenen gewährleistet gewesen sei. Die in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Missstände stellen nicht einfach blosse Behauptungen dar. Der Statthalter des Bezirks Zürich ist in einem Beschwerdeverfahren zum Schluss gelangt, dass gewichtige Fehler vorlägen. Er hat festgehalten, dass die Stadt Zürich «nicht – wie von ihr eigentlich erwartet werden dürfte – eine schlüssige Parkplatzbuchhaltung führe», nach welcher «die Parkplatzkompensation detailliert und klar nachvollziehbar ersichtlich wird». Er weist darauf hin, dass die Kontrolle über die Umsetzung des Gemeinderatsbeschlusses «in erster Linie Sache des Gemeinderates» sei. Er stellt die Frage, ob über die Umsetzung des Parkierungskonzeptes und seine Übertragung auf die Stufe Nutzungsplanung nicht schon aus rechtsstaatlichen Gründen der Gemeinderat befinden müsste. Für ihn ist es «mehr als verständlich, wenn sich die Beschwerdeführer über die ihres Erachtens undurchsichtige städtische Parkplatzpolitik beklagen» (gemeint ist jene der Verwaltung). Für ihn liegt die Abklärung der Fragen im öffentlichen Interesse. Diese Vorgänge sollten Anlass zur Prüfung der Frage sein, ob der Gemeinderatsbeschluss durch die Verwaltung wortgetreu, inhaltlich richtig und formell korrekt vollzogen worden ist.

Beschlussantrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) gemäss Art. 74 der Geschäftsordnung des Gemeinderates zu bilden, welche die Abläufe des 1990/1996 als Verkehrsrichtplan vom Gemeinderat der Stadt Zürich beschlossenen «Parkierungskonzeptes» (Historischer Parkplatzkompromiss genannt) detailliert überprüft.

Dabei sind insbesondere zu prüfen:

1. Ob die Verwaltung den Wortlaut des GR-Beschlusses von 1990/1996 betreffend das «Parkierungskonzept» eigenmächtig verändert und mit einem falschen Wortlaut gearbeitet habe?
2. Wie die Umsetzung des erst behördenverbindlichen Parkierungskonzeptes (Richtplan) hätte erfolgen müssen und ob für die Festsetzung des bürgerverbindlichen Parkierungsplanes nicht der Gemeinderat zuständig wäre und ob der Gemeinderat übergangen worden ist?
3. Ob in der Verwaltung pro Jahr eine transparent dokumentierte Parkplatzbilanz vorhanden ist, aus der Bestand, Aufhebung und Kompensation aller Parkplätze nachvollziehbar ersichtlich ist?
4. Ob bei der Aufhebung von oberirdischen Parkplätzen die Kompensationspflicht vollständig erfüllt worden ist?
5. Wie, von wem und nach welchen Kriterien die «städtebaulich empfindlichen Strassen und Plätze» bestimmt worden sind, an denen oberirdische Parkplätze abgebaut werden dürfen?
6. Wie bei der Festlegung, welche Parkplätze aufgehoben werden, die Bedürfnisse des Gewerbes, der Ladengeschäfte und der Besucher berücksichtigt worden sind?
7. Ob, wo und wie die frei gewordenen Flächen gleichzeitig in Fussgänger-, Velo- und Grünbereiche umgestaltet worden sind?
8. Ob die Ausschreibungen der zur Aufhebung bestimmten Parkplätze zeitlich sinnvoll und inhaltlich so verständlich waren, dass der Rechtsschutz der Betroffenen gewährleistet war?

SVP VERLANGT UMBENENNUNG

«Wilhelm-Tell-Allee» statt «Europa-Allee»

Der Zürcher Stadtradt kann es anscheinend kaum erwarten, bis für ihn der Traum des Europa-Anschlusses der Schweiz Wirklichkeit wird. In einer Art vorauseilender Anschluss-Euphorie hat der Stadtrat bereits im November 2007 die wichtigste Strasse im neu entstehenden Stadtteil «Stadtraum HB» mit dem tiefsinnigen Namen «Europa-Allee» benannt. Inzwischen gilt dieser Name für die gesamte Neuüberbauung beim Zürcher Hauptbahnhof.

GEMEINDERAT
ROGER LIEBI
PRÄSIDENT SVP STADT ZÜRICH

Ein weiteres Indiz für die Europa-Anschlussfreudigkeit der Zürcher Stadtregierung lieferte die oberste Städtebaumeisterin Zürichs, Stadträtin Katrin Martelli, in einer Tagblatt-Kolumne vom 20. Mai 2009. Sie schrieb u.a.: «Europa-Allee: Wir holen Europa zu uns. Ich freue mich darauf.»

Einen weiteren Europa-Turbo-Akt inszeniert das Hochbaudepartement am 12. September 2009. An diesem Tag wird nämlich das Schlussfest zum Legislaturschwerpunkt «Planen und Bauen für die Stadt von morgen» gefeiert. Und was ist ein Höhepunkt dieses Festes? Eine öffentliche Führung durch die Europa-Allee!

Diese einseitige politische Verherrlichung des Europa-Anschlusses seitens des Zürcher Stadtrats ist empörend. Insbesondere auch unter dem Aspekt der negativen Einstellung gegenüber der Schweiz, die von verschiedenen Repräsentanten aus EU-Staaten laufend kundgetan wird. Es wäre enttäuschend, wenn es in der Schweiz staatstragende Politikerinnen und Politiker gäbe, die auch der Meinung sind, man müsse den von einem Politiker unseres grössten Nachbarlandes als europäische Indianer bezeichneten Schweizern die Kavallerie vorbeischicken, um ihnen die richtige Einstellung zum EU-Anschluss beizubringen.

Die SVP ist nach wie vor vom auch weiterhin Erfolg versprechenden Alleingang der Schweiz ohne totale Einverleibung in den Geld fressenden Moloch EU überzeugt. Die SVP der Stadt Zürich verlangt die Umbenennung der jetzigen «Europa-Allee» in den die freiheitliche Eigenständigkeit betonenden Namen «Wilhelm-Tell-Allee».

DER AKTUELLE VORSTOSS

Postulat: «Wilhelm-Tell-Allee» statt «Europa-Allee»

ROGER LIEBI
MAURO TUENA

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der vor kurzem auf den Namen «Europa-Allee» getaufte, neu entstehende Stadtteil beim Zürcher Hauptbahnhof zu Ehren der eigenständigen Schweiz in «Wilhelm-Tell-Allee» umbenannt werden kann.

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

Einige hundert **Obstharassen,** Holz, 40 x 60 cm, zum Teil robuste Ausführung und gehobelt, Preis, Fr. 1.– bis Fr. 2.50. Bachofen Obstbau, Ch. Bachofen, im Unterdorf 3, 8124 Maur, Tel. 044 980 38 84.

In Kesswil, Kanton Thurgau: Grosszügiges, freistehendes **5,5-Zimmer-Einfamilien-haus** mit Privatwegrecht zum Bodensee, 711 m² Land, Schwedenofen, 3 Duschen, 3 WC, 1 Whirlpool, Baujahr 2005, sonnige ruhige Wohnlage. Preis auf Anfrage. Ulrich Simon, Telefon 071 460 18 41.

Gitterboxen, 80 x 120 cm, Höhe 97 cm, einseitig klappbar, Stück Fr. 48.–, ab 10 Stück Rabatt, Tel. 052 337 20 87, Tel. 078 804 87 97 (17.00–19.00 Uhr).

VW Passat Variant 1,8, Jg. 12.1998, 120 000 km, Farbe schwarz, VP Fr. 8200.–. Hansruedi Kündig, Burgstr. 20, Oberlangenhard, 8486 Rikon, Tel. 079 318 35 38.

Bührer 455 (4-Rad-Antrieb), 1978, 8950 Std. mit Frontlader und Dunggabel, Fr. 22 500.–; hydr. **Obstpresse** Upmo, Fr. 850.–. Tel. 079 699 62 15.

Ladewagen Agrar 12 m³; **Heuschrote** Lanker; **Strohmühle** Gruber 2000, **Heugebläse** AEBI mit Verteiler; **Kratzbodenwagen,** 12 m³, Hans Dubach, Hueb 3, 8634 Hombrechtikon, Tel. 055 244 12 76.

Kühlzelle L 400 B 345 H 195, guter Zustand, Fr. 3500.–, Tel. 079 386 65 80.

ZU KAUFEN GESUCHT

Achtung! Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.** Komme bei Ihnen vorbei. **044 822 26 11.**

Bauland: Für die Arbeitsauslastung unserer treuen 140 Mitarbeiter und der Realisierung von Wohnbauprojekten suchen wir Bauland. Marco Bereuter garantiert Ihnen eine speditive und kultivierte Abwicklung. BEREUTER AG, Schützenstr. 55, 8604 Volketswil, Telefon 043 399 33 00.

Treicheln, Glocken, Aggregat Alfa, Milchkühler, Milchkannen, diverses landw. Kleinmaterial, Tel. 071 988 48 21.

Kaufe **Musikinstrumente, Handorgeln, Gitarren, Violinen** usw., **Goldschmuck,** auch defekt, bezahle bar. Tel. 079 667 79 82.

Well-Eternit-Platten, zirka 30 m², gebraucht, auch leicht defekt, günstig. Tel. 079 431 43 12, meier@7agmx.ch

Gummimatten (auch gebraucht) für Pferdestall, zirka 7,5 m². Johanna Hugi-Sommer, Hohlgasse 6, 8352 Elsau, Tel. 052 363 19 47/079 341 48 44.

Suche **Scheiben- oder Trommelmäher,** Heckanbau, Breite 1,90 bis 2,40 km, ohne Aufbereiter, günstig, Tel. 052 318 14 17, ab 17.00 Uhr.

Laufenten, Erpel mit Enten. Fam. Roider, 8307 Ottikon, Tel. 052 345 17 93.

Mofa Pony GTX, Occasion, Telefon 052 364 28 73

WEITERBILDUNG

Sievi-Liegenschaftenbetreuungen: Ihr kompetenter Partner für Hauswartungen allgemein und Gewerbeliegenschaften; Umgebungsarbeiten, Gartenarbeiten; Reinigungen, Kleinreparaturen, Tel. 079 662 53 15, Sievi-Liegenschaftenbetreuungen.

DIENSTLEISTUNG

Ein schöner Garten ohne viel Aufwand geht nicht? Geht doch! Die all4green GmbH installiert und wartet Bewässerungssysteme, Rasenroboter und Regenwasseranlagen. Interessiert an einer kostenlosen Offerte? Weitere Infos finden Sie unter www.all4green.ch. all4green gmbh, Christian Braunwalder, Im Tobel 4, 8340 Hinwil-Hadlikon, Tel. 044 260 11 33.

ZU VERSCHENKEN

Pferdevielfachgerät, Rapidwägeli, Gebläserohre, Durchesser 40 cm, **Brennholzfräse, Kleegrassäkarren,** Telefon 052 345 12 22.

Schuhschränkli (3 Behältnisse), B = 60 / T = 35 / H = 122. H. Baumgartner, Neudorfstrasse 55, 8820 Wädenswil, Telefon 044 780 26 63.

SVP-NETZWERK

SVP-Fotograf Christian Mettler steht auch Ihnen für Aufträge gerne zur Verfügung. Telefon 079 689 29 71. E-Mail: cmettler@hispeed.ch

STELLEN-ANGEBOTE

Maschinenring sucht **motivierte Leute,** die anpacken können, Raum Kanton Zürich für Landwirtschaft, Gartenbau, Bau, wochenweise oder länger, Tel. 055 251 41 41.

STELLENSUCHE

CH-Frau mit Verkaufserfahrung sucht **Tätigkeit im Detailhandel,** Limmattal, Furttal, Zürich Nord, Tel. 044 730 15 00.

Suche **Teilzeitjob** als Hausangestellte, Reinigen, Waschen, Bügeln und Kochen, auf ÖV angewiesen, Dienstag und Donnerstag, 052 343 40 09, 079 617 24 53.

IMMOBILIEN

Zu verkaufen in **Vals** im Haus Zervreila **renoviertes Studio.** Nähere Infos unter Tel. 044 221 11 12, Di–Fr. 9.00 bis 18.00 Uhr.

ZU VERMIETEN

Zu vermieten in Dietikon per sofort: Sonnige **3-Zimmer-Dachwohnung** im 2. Stock, ohne Balkon, an ruhige, ältere, alleinstehende Schweizer Frau, Nichtraucherin, Fr. 1200.– inkl. Trudi Lüscher, Bergstr. 10 b, 8953 Dietikon, Tel. 079 200 71 04.

FREIZEIT

So bleiben Ihre Schallplatten rund und Ihre Videos, Dias und Fotos werden es auch! Denn Data-Repro.ch überspielt Ihre Schallplatten, Musikkasetten, Dias, Fotos und Videos auf CD und DVD. www.data-repro.ch, 044 720 09 09.

IHR INSERAT FÜR DEN WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? Inserieren Sie einfach und unkompliziert: Füllen Sie den Coupon aus und retournieren Sie ihn mit dem passenden Barbetrag.

3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für nur Fr. 20.– inkl. MWSt

6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für nur Fr. 40.– inkl. MWSt

Wählen Sie bitte die gewünschte Rubrik

- zu verkaufen
- zu verschenken
- zu kaufen gesucht
- zu vermieten
- Freizeit/Kontakte

Anzahl der Erscheinungen ____ mal

Name

Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Einsenden an: «Zürcher Bauer/Der Zürcher Bote», Inserate, Herbert Keller, Seestrasse 95, 8800 Thalwil.

Einsendeschluss: jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Leider können wir nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag beiliegt. Besten Dank für Ihr Verständnis

WEITERBILDUNG

Internationale Sprachschule, Privat, 45 Min., multilinguale Methode, Dr. Jucker ZH. Tel. 079 378 57 81 SMS.

Für Inserate

Tel. 044 722 77 76, Fax 044 720 10 78
inserate@zuercher-bote.ch

LOHNSCHLACHTUNGEN

Schlachten, Zerlegen, Ausbeinen, Dressieren u. Wursten, offen/vac. und ausgezeichnet. Für Ihren Eigenbedarf oder Direktvermarktung. Interessiert? Rufen Sie mich an! Fleisch und Wurst En-gros-Verkauf: «Kiloweise – Superpreise!» Henri Diggelmann, Metzgerei «zum Steg», 8496 Steg i.T., Tel. 055 245 13 24.

ZÜRCHER BOTE/BAUER RÄTSELSPASS

DAS KÖNNEN SIE GEWINNEN:

50 FRANKEN Reka-Checks

Der Reka-Check – das touristische Zahlungsmittel

Reka-Checks sind ein Zahlungsmittel für touristische Leistungen in der Schweiz. Rund 7000 Annahmestellen in der Schweiz im Bereich Ferien, Freizeit und Reisen akzeptieren Reka-Checks wie Bargeld.

So können Sie gewinnen!

Senden Sie an die unten stehende Adresse eine frankierte Postkarte mit dem Lösungswort und der Ausgabenummer. **Einsendeschluss ist Mittwoch, 30. September 2009:**

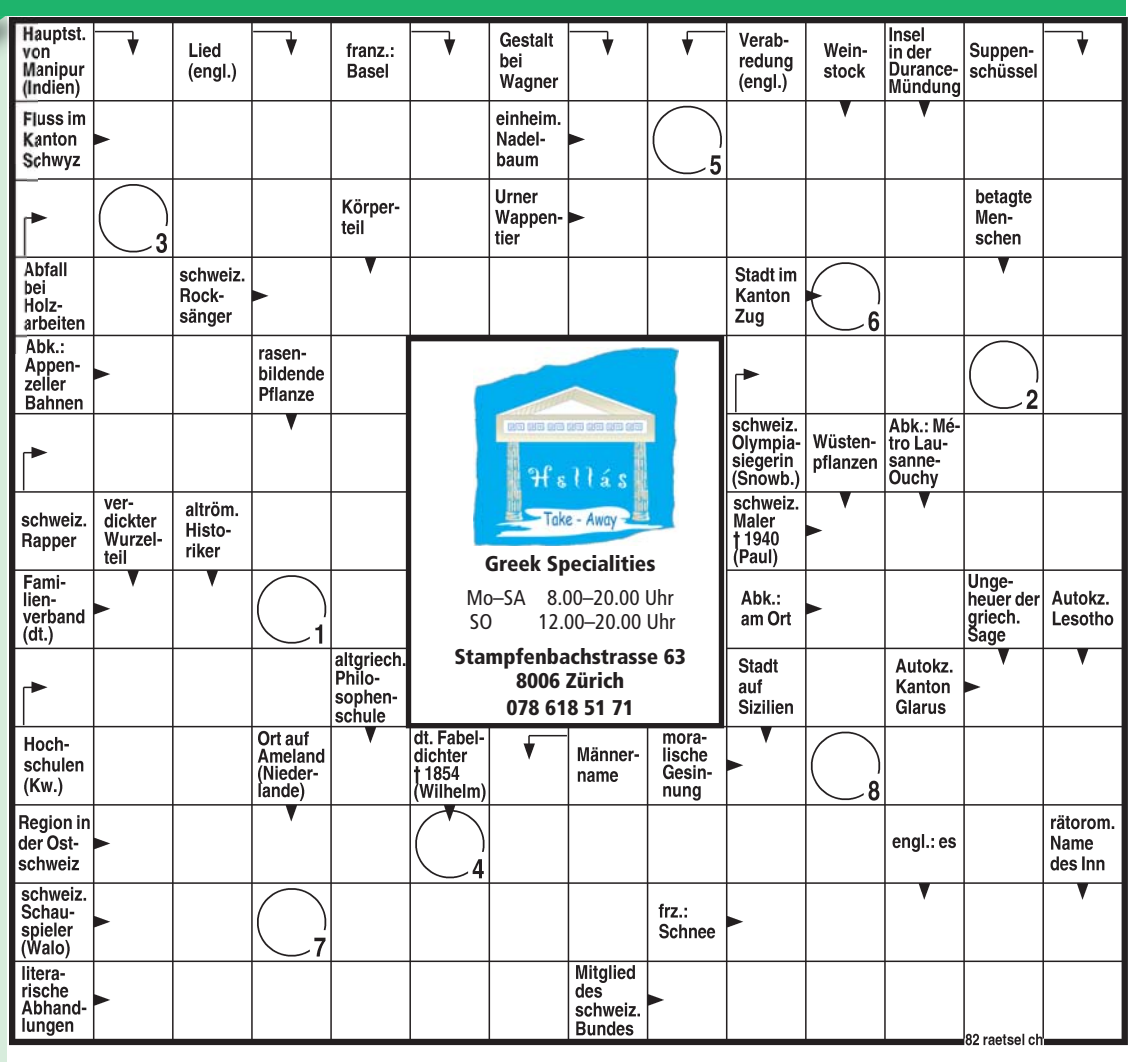
Zürcher Bote/Bauer
Wochenrätsel
Seestrasse 95
8800 Thalwil

Über das Gewinnspiel wird keine Korrespondenz geführt.
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Der Gewinner aus Nr. 36/09
Lösungswort: Bastler

Gewinner: S. Krämer, Uitikon

Schwedenrätsel
Das Lösungswort ergibt sich, wenn Sie die Buchstaben aus den nummerierten Kästchen in die Lösungsfelder übertragen.



1	2	3	4	5	6	7	8

Lösungswort Woche 39/09

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Abgew. Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

VORANKÜNDIGUNG

27. Zürcher SVP-Schiessen
Freitag, 25. September 2009 bis Sonntag, 27. September 2009, in Flaach und Berg am Irchel.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 28. September 2009, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Jeweils am ersten Montag im Monat, ab 20.00 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf. **ACHTUNG: Ab August bis November 2009 neu im Restaurant Jägerstübli, Dielsdorf. Ab Dezember 2009 wieder im Restaurant Löwen.**

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Horgen / Rüschlikon
Der Barometer findet jeweils am ersten Donnerstag im Monat von 17.30 bis 19.00 Uhr, Restaurant «Tracht», statt.

Bezirk Meilen / Männedorf
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf (ausgenommen August).

Bezirk Pfäffikon / Illnau-Effretikon
Jeden ersten Montag im Monat, 18.30 bis 20.00 Uhr, Restaurant Rössli, Illnau, U30-Stamm (Jahrgang 1977 und jünger).

Jeden Gemeinderatsdonnerstag, 17.00 bis 19.00 Uhr, Donnerstagsapéro, QN-Bar, Effretikon.

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen
Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil.

Bezirk Uster / Uster
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Winterthur / Altstadt, Mattenbach, Veltheim und Töss
Jeweils am letzten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, in der Café Bar Lifestyle, Schaffhauserstrasse 64, Winterthur.

Bezirk Winterthur / Elgg
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Eintracht, Elgg.

Bezirk Winterthur / Seuzach
Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Bernergüetli, Seuzach.

Stadt Winterthur / Seen
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur / Wülflingen
Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich / Kreis 3
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Falcone, Birmensdorferstrasse 150, Zürich-Wiedikon.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Ziegelhütte (Ende Hüttenkopfstrasse, Zürich).

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Andelfingen
Samstag, 31. Oktober 2009, Besuch im Felslabor Mont Terri St-Ursanne. Programm:
7.30 Uhr: Abfahrt ab Parkplatz beim Restaurant zur Kreuzstrasse, Humlikon.
10.00 Uhr: Ankunft in St-Ursanne am Bahnhof. Abholung und Transfer zum Sitzungszimmer (zirka 3 Gehminuten). Kaffee und Gipfeli (offeriert von Nagra).
10.30 Uhr: Begrüssung. Vorträge: Stand der Entsorgung von radioaktiven Abfällen in der Schweiz: Vom «Wie» zum «Wo» (Entsorgungsnachweis, Sachplan Geologische Tiefenlagerung). Mont Terri: Organisation und Projekte. Diskussion.
11.15 Uhr: Transfer zum Labor.
12.00 Uhr: Besuch im Felslabor in 2 bis 3 Gruppen. Bitte auf warme Kleidung (ganzjährig zirka 13° C) und auf gutes Schuhwerk achten.
13.00 Uhr: Transfer aus dem Stollen zum Car oder direkt ins Dorf.
13.15 Uhr: Fahrt zum Restaurant in St-Ursanne.
13.30 Uhr: Kleines Mittagessen .
14.30 Uhr: Ende des Mont-Terri-Besuchs. Anschliessend Heimfahrt.
ca. 17.00 Uhr: Ankunft Restaurant zur Kreuzstrasse, Humlikon.
Fahrpreis pro Person Fr. 40.–. Anmeldung bis Samstag, 10. Oktober 2009, an Gemeindepräsident Walter Wipf, Seewadelstrasse 13, Henggart, schriftlich oder per E-Mail E-Mail: w.wipf@bluewin.ch, Telefon 052 316 23 72 / 079 420 79 04. Es muss eine Besucherliste erstellt werden.

Bezirk Bülach
Mittwoch, 30. September 2009, 19.00–20.15 Uhr (Apéro ab 18.30 Uhr), Restaurant Frohsinn, Kloten, öffentliche Sessionsveranstaltung. Sie haben die Gelegenheit, mit den Nationalräten Hans Fehr und Hans Rutschmann sowie den Kantonsräten zu diskutieren. Anschliessend an die Sessionsveranstaltung, 20.30 Uhr, Delegiertenversammlung.

Bezirk Horgen / Wädenswil
Freitag, 23. Oktober 2009, ab 19.00 Uhr und Samstag, 24. Oktober 2009, ab 18.00 Uhr, bei Familie Ernst Stocker, Im Himmeri, Wädenswil, Metzgete auf dem Bauernhof. Live: Raphael Fuchs & Co. Reservationen möglich unter Telefon 044 780 68 37 oder per E-Mail: ernst.stocker@pop.agri.ch. Signalisation ab Autobahnausfahrt Wädenswil, Kreuzung Feld und Beichlen.

Bezirk Pfäffikon / Russikon
Freitag, 23. Oktober 2009, 19.30 Uhr, Schützenhaus, Russikon (ab 19.00 Uhr Apéro), SVP-Party 2009. Um 19.30 Uhr traditioneller Beinschinken mit Kartoffelsalat. Im Anschluss referiert Ehrengast Markus Kägi, Regierungsrat. Danach Lotto-Match mit attraktiven Preisen! Parteimitglieder, Gäste und Freunde der SVP sind herzlich eingeladen.

Bezirk Uster / Greifensee
Mittwoch, 7. Oktober 2009, 19.30 Uhr, Landenberghaus (Gemeindesaal), Im Städtli, Greifensee, öffentlicher Vortrag mit Christoph Blocher. Er spricht zum Thema «Die erfolgreiche Zukunft der Schweiz». Anschliessend Diskussion.

Bezirk Uster / Uster
Donnerstag, 22. Oktober 2009 bis Sonntag, 25. Oktober 2009, Uster, Uster-Messe, mit Stand der SVP Uster (in der Zelthalle). Die beiden für den Stadtrat kandidierenden Hans Streit (bisher) und Werner Egli (Gemeinderat, neu) sowie die Gemeinderatskandidatinnen und -kandidaten freuen sich auf ein persönliches Gespräch mit Ihnen. Besuchen Sie unseren Apéro, täglich von 18.00 bis 20.00 Uhr. Es werden noch weitere SVP-Politiker anwesend sein.

Stadt Zürich / Kreis 10
Samstag, 10. Oktober 2009, 10.00 Uhr, Migros Höngg, Standaktion.

Samstag, 17. Oktober 2009, 10.00 Uhr, Röschibachstrasse, Standaktion.

Winterthur Stadt – Veranstaltungen mit Stadtratskandidat Daniel Oswald
Samstag, 26. September 2009, 9.30–14.00 Uhr, Forstumgang. Treffpunkt: Hegifeldstrasse 125, Winterthur.

Samstag, 3. Oktober 2009, 10.00–12.00 Uhr, Besichtigung Schloss Hegi. Treffpunkt: Hegifeldstrasse 125, Winterthur.

Samstag, 10. Oktober 2009, 10.00–12.00 Uhr, Besichtigung Landwirtschaftliche Schule Strickhof. Treffpunkt: Riedhofstrasse 62, Winterthur.

Samstag, 17. Oktober 2009, 10.00–12.00 Uhr, Besichtigung Seilerei Kislin. Treffpunkt: Breitestrasse 18, Winterthur.

Samstag, 7. November 2009, 10.00–12.00 Uhr, Besichtigung Wespi Mühle. Treffpunkt: Wieshofstrasse 105, Winterthur.

SVP-FRAUEN

Frauengruppe SVP Stadt Zürich
Montag, 2. November 2009, 19.30 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Mitgliederversammlung.

Dienstag, 26. Januar 2010, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

SVP-Frauen Bezirk Winterthur
Samstag, 21. November 2009, traditionelles Racletteessen. Weitere Angaben folgen.

SVP-Frauen Kanton Zürich
Mittwoch, 7. Oktober 2009, 19.30 Uhr (Türöffnung 19.00 Uhr), Restaurant Frohsinn, Geerenstrasse 20, Kloten, kontradiktorisches Podium zum Thema «Aktuelle Wirtschaftslage – Die Rolle der Politik!» mit Nationalrat Prof. Dr. iur. Daniel Jositsch, SP, Professor für Strafrecht und Nationalrat Hans Rutschmann, SVP, Co-Präsidium Kantonaler Gewerbeverband Zürich. Moderation: Silvio Seiler, Journalist, Uster. Organisation: SVP-Frauen Kanton Zürich zusammen mit SVP Kloten.

Donnerstag, 26. November 2009, Weihnachtsanlass. Weitere Angaben folgen.

Montag, 14. Dezember 2009 **(neues Datum)**, 14.30 Uhr, Besammlung im Foyer Rathaus Zürich. Besuch des Zürcher Kantonsrates unter der Leitung von Kantonsrätin Theres Weber. Filmvorführung und Führung durch das Rathaus mit anschliessendem Apéro. Sicherheitskontrolle beim Eingang: ID oder Pass mitbringen. Anmeldung: Jacqueline Hofer, info@jhofer.ch, Telefon 044 820 20 90. SVP-Mitglieder und Parteifreunde sind herzlich willkommen.

Mittwoch, 13. Januar 2010, 19.30 Uhr, (Türöffnung 19.00 Uhr), Raum Winterthur, SVP-Veranstaltung mit Nationalrätin Natalie Rickli und Gregor A. Rutz, Vize-Präsident der SVP des Kantons Zürich zum Thema «Erfolgreicher Wahlkampf». Vorstellung von Stadtratskandidat Daniel Oswald, Parteipräsident SVP Winterthur und Gemeinderatskandidatin Chantal Leupi, Vorstand JSVP «Stadt und Bezirk Winterthur». SVP-Mitglieder und Parteifreunde sind herzlich willkommen! Nähere Angaben folgen. **Achtung: Neues Datum (vorher 12. November 2009)!**

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Mittwoch, 30. September 2009, 12.15 Uhr, Restaurant Oberhof, Zürichbergstrasse 24, Zürich, 2. SVP-Studentenlunch. Eine Anmeldung ist bis spätestens Montag, 28. September 2009, per E-Mail an studentenlunch@gmx.ch erforderlich. Kosten: Mittagessen inkl. Getränke Fr. 23.–. Veranstalter sind die SVP-Studenten Michael Lüdi, Tiziano Foiera und Patric Eggler.

Samstag, 21. November 2009, 19.00 Uhr, Niederhasli (genauer Ort folgt), Gastreferat «Politik aktuell» von Nationalrat Hans Fehr, anlässlich des Martinimahls der SVP Niederhasli.

Mittwoch, 16. Dezember 2009, 20.00 Uhr (Apéro ab 19.30 Uhr), Schinzenhof, Horgen, Sessionsveranstaltung «Politik aus erster Hand» mit Nationalrat Hans Fehr. Alle Interessierten sind freundlich eingeladen. Organisation: SVP Bezirk Horgen.

Montreux – Rencontres nationales 2009
Freitag, 25. September 2009, 18.00 Uhr, Pavillon, Hotel Montreux Palace, grosse Abendveranstaltung mit Bundesrat Ueli Maurer. Anmeldungen und Auskünfte: Sekretariat SVP Waadt, Telefon 021 806 32 90, Fax 021 806 32 91, E-Mail: secretariat@udc-vaud.ch (www.udc-vaud.ch).

SVP Schweiz – Zukunftsseminare Junge vor!
Samstag, 7. November 2009, 11.00–16.00 Uhr, Landgasthof Sonne «Haus der Freiheit», Wintersberg, Ebnat-Kappel (www.hausderfreiheit.ch), Zukunftsseminare mit Parteipräsident und Nationalrat Toni Brunner sowie Fachreferenten. Zielgruppe: 16- bis 26-jährige Jugendliche. Thema: «Welche Landwirtschaft für die Schweiz?». Teilnehmerzahl pro Anlass beschränkt. Das Seminar ist gratis, Mittagessen und Getränke gehen zu Lasten der Teilnehmer. Anmeldung bei Marcia Cerantola, Telefon 031 300 58 56 oder E-Mail: cerantola@svp.ch.

MOTORRAD-CLUB SVP

Jahresschlusstreffen
Freitag, 2. Oktober 2009, Waldhüttenfest.

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 1660–6701
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,4% Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8
Christoph Bähler (ba.), Dr. Yves Gadient (gad.)
Tel. 044 217 77 64
Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

Mitarbeiter:
Claudio Zanetti (zac.)
Hans Fehr (fe.)

Inseraten-Annahme:
«Zürcher Bote», Inserate
Seestrasse 95, 8800 Thalwil
Tel. 044 722 77 76, Fax 044 720 10 78
E-Mail: inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Mittwoch 15.00 Uhr
Insertionspreis 89 Rp. die einspaltige Millimeterzeile, Gelegenheitsinserate 1-spaltig bis 35 mm Fr. 30.–
+7,6% Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11, Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch

SVP Bezirk Bülach

Politik aktuell aus Bern - Bundesratswahlen und vieles mehr

Die SVP-Nationalräte Hans Fehr und Hans Rutschmann berichten über die Herbstsession des Nationalrates

Mittwoch, 30. September
19.00 Uhr bis 20.15 Uhr

Ab 18.30 Uhr Apéro

Restaurant Frohsinn, Kloten

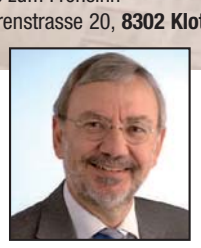
Lassen Sie sich aus erster Hand informieren und nutzen Sie die Gelegenheit, mit unseren Unterländer Nationalräten zu diskutieren!

Ab 20.30 Uhr findet die Delegiertenversammlung der SVP des Bezirkes Bülach statt, zu welcher interessierte Besucher herzlich eingeladen sind.

Ihre SVP Bezirk Bülach

Es diskutieren:

Nationalrat
Prof. Dr. iur. **Daniel Jositsch**, SP
Professor für Strafrecht



Nationalrat
Hans Rutschmann, SVP
Co-Präsidium Kantonaler Gewerbeverband Zürich

Moderation:
Silvio Seiler
Journalist

Öffentliche Veranstaltung. Sie sind herzlich willkommen!

Kontakt: Jacqueline Hofer, Dübendorf · info@jhofer.ch
Organisation: SVP-Frauen Kanton Zürich · SVP Kloten
svpfrauen.ch · svp-kloten.ch · svp-zuerich.ch

SVP Frauen Kanton Zürich

Gestaltung: Karin Kuster-Hofer · www.tgc.ch

Einladung

zur öffentlichen Veranstaltung

Begleiten Sie Stadtrat Dr. Matthias Gfeller, Grüne, und Stadtratskandidat Daniel Oswald, SVP, auf einem interessanten Waldumgang zum Thema:

Energie aus nachhaltig genutztem Erholungswald
Erfahren Sie mehr über Schnitzelproduktion, Jungwaldpflege, Energieholz, Holzheizungen, usw.

Samstag, 26. September, 09.30 Uhr

Betriebsgebäude Eschenbergstrasse, Winterthur
Zufahrt ab Tösstalstrasse Richtung Bruderhaus, Parkplätze signalisiert.

- **09.30 – 12.00 Uhr Waldumgang**
- **12.00 – 14.00 Uhr Gratis Imbiss vom Grill**

Die Veranstaltung findet bei jeder Witterung statt.

Stadtrat Dr. Matthias Gfeller und Stadtratskandidat Daniel Oswald freuen sich auf die Begleitung vieler an nachhaltiger Energie interessierter Winterthurerinnen und Winterthurer.